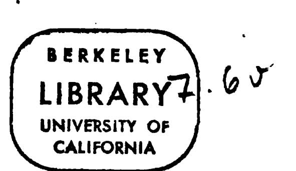
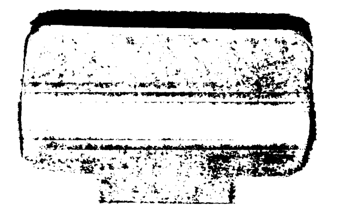
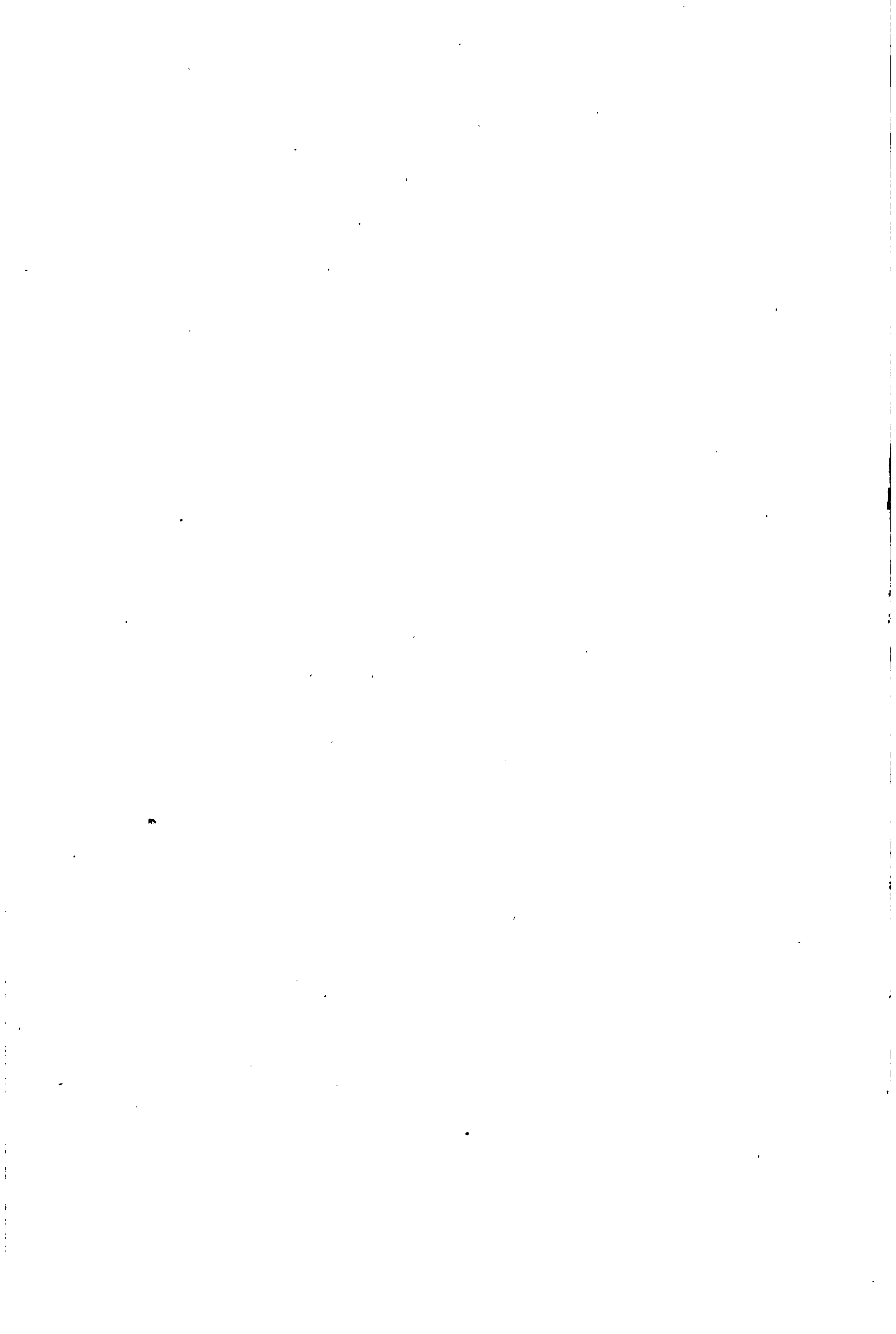


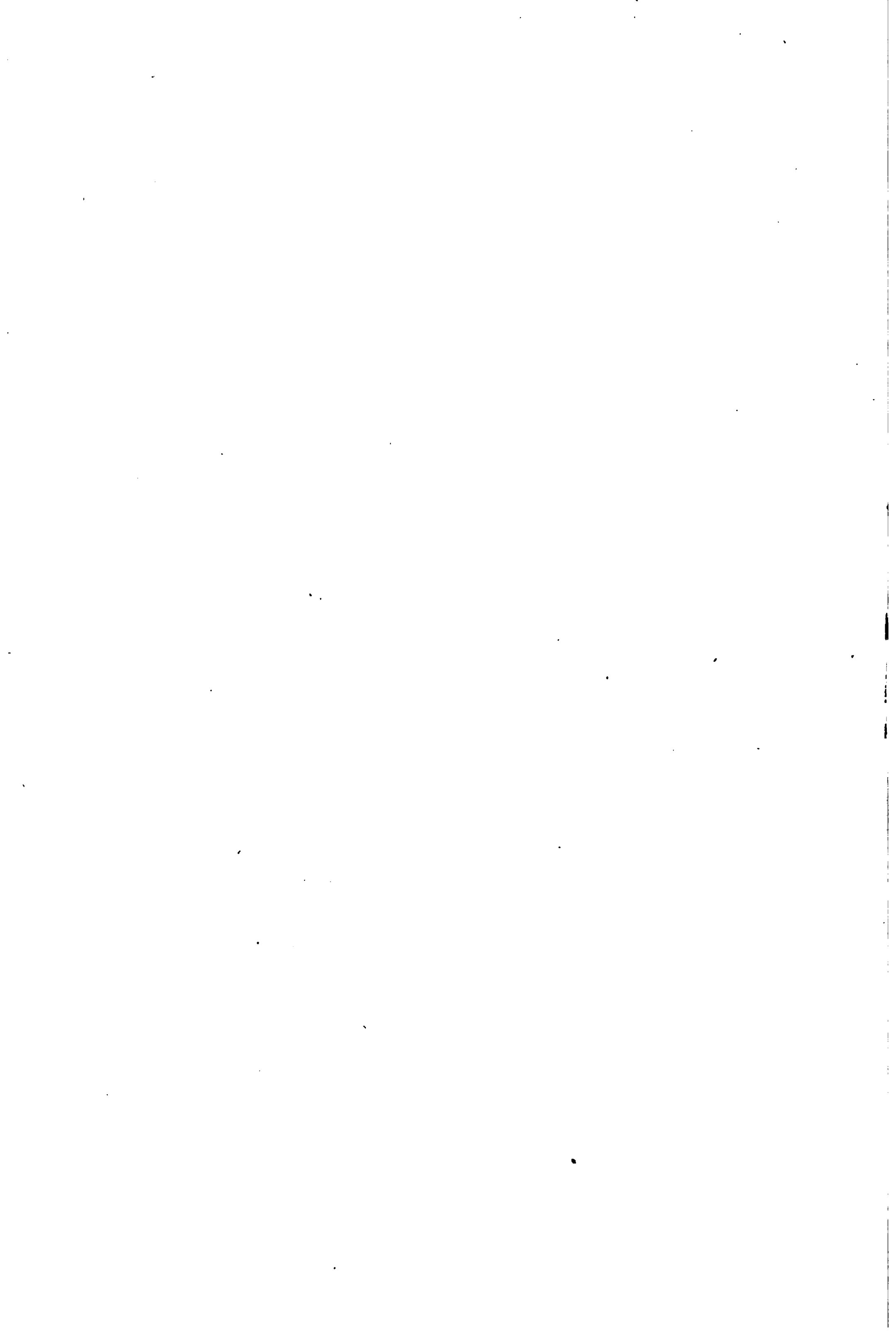

BERKELEY
LIBRARY
UNIVERSITY OF
CALIFORNIA







DER
STAATSSTREICH
VOM 2. DECEMBER 1851.



DER

STAATSSTREICH

VOM 2. DECEMBER 1851

UND

SEINE RÜCKWIRKUNG

AUF EUROPA



LEIPZIG
DUNCKER & HUMBLOT
LONDON
WILLIAMS & NORGATE
1870.

VORWORT.

Die nachstehenden Ausführungen beruhen auf einer Reihe ungedruckter wichtiger Aktenstücke, die dem Verfasser zur Verfügung gestellt sind. Derselbe sieht voraus, dass manche seiner Behauptungen bestritten werden dürften; indess bieten die in den Anlagen wörtlich mitgetheilten Staatsschriften wohl hinreichende Bürgschaft dafür, dass die ganze Arbeit nur auf Grund zuverlässigen diplomatischen Materials unternommen ist und es vielmehr als eine Pflicht der Discretion gegen noch lebende Fürsten und Staatsmänner angesehen wurde, die Zahl jener Documente nicht noch erheblich zu vermehren. Da wo der Verfasser nicht in der Lage war nach authentischen Aktenstücken zu urtheilen, hat er dies offen gesagt.

INHALT.

I.

Die Februarrevolution überraschte Frankreich mit der Republik. Die Katastrophe zeigte, wie unterhöhlt die Grundlagen waren, auf denen der Julithron stand. Die *royauté sur la surface égale*, die Mirabeau erstrebte, fiel vor einer Emeute, ohne dass sich eine Hand für sie gerührt hätte. Die Centralisation hatte die Nation zu sehr aller politischen Initiative entfremdet, als dass sie Widerstand gegen die pariser Improvisation hätte leisten können. Willenlos und betäubt liess sie sich durch einige Ideologen und Radicale eine Staatsform aufzwingen, welche ihrer unermesslichen Mehrheit zuwider war und deren Dauer die ganze Geschichte und Bildung Frankreichs unmöglich machte. Der Ueberraschung folgte der Schrecken, als die treibenden Kräfte der Revolution, die socialistischen communistischen Elemente hervortraten; die gemässigten Republikaner retteten Frankreich vor der Anarchie nur um den Preis bedenklicher Nachgiebigkeit gegen Theorien, welche mit jedem geordneten Gemeinwesen unverträglich sind.

Von da ab arbeitete die ganze Klasse der Besitzenden im Sinne einer Reaction gegen die Februarrevolution. Sie warf im furchtbaren Strassenkampf die fanatisirten Arbeitermassen der Hauptstadt nieder, sie sandte eine conservative Majorität in die Nationalversammlung mit dem Mandate, um jeden Preis Bürgschaften für Ruhe und Ordnung zu schaffen.

Jene Majorität concentrirte deshalb bei der Berathung der Verfassung ihr ganzes Bestreben darauf, die öffentliche Macht in die Hand der Executive zu legen; als sie dies erreicht, liess sie den Doctrinären gern die Befriedigung, den Grundsatz der absoluten Theilung der Gewalten sogar in allgemein theoretischer Fassung zu formuliren (Art. 19. *La séparation des pouvoirs est la première condition d'un gouvernement libre)*; sie acceptirte die unsinnige Verfassung als ein Nothdach, unter dessen Schutz jede ihrer Fractionen ihr specielles Ziel zu erreichen hoffte. Die Legitimisten rechneten darauf, dass die Verwirrung schliesslich zum Siege Heinrichs V. ausschlagen werde. Die Orleanisten dachten mit Hilfe der liberalen Bourgeoisie den Prinzen von Joinville als Präsidenten durchzusetzen. Die gemässigten Republikaner hofften, das Land werde seine Dankbarkeit für die Besiegung der Anarchie durch die Wahl Cavaignac's bezeugen. Der Ausgang der Präsidentenwahl zeigte, dass alle diese Berechnungen verkehrt waren. Es bestätigte sich das Wort eines wenig bekannten, aber scharfblickenden Schriftstellers Peauger, der schon in den vierziger Jahren als Herausgeber des *Précurseur d'Angers* bei der damals noch rein

theoretischen Discussion über das allgemeine Stimmrecht erklärte: „*le suffrage universel ne peut nommer que ceux qu'il connaît, quand on en viendra quelque jour à élire le chef de l'état, le candidat le plus connu sera l'héritier de Napoleon.*" Den Massen der Bauern, die in Frankreich bei dem allgemeinen Stimmrecht stets den Ausschlag geben werden, war der Graf von Chambord so fremd wie der Prinz von Joinville oder Cavaignac; sie wählten mit unermesslicher Majorität den Erben der napoleonischen Legende.

Der neue Präsident befand sich in der widerspruchsvollsten Lage. Er gebot unbeschränkt über die tausendarmige Verwaltung, welche unter der Republik so unberührt geblieben war wie unter der Restauration und Julimonarchie; er ernannte und entliess die Minister, die Gesandten und alle Beamten; bei ihm waren die Vertreter der fremden Mächte beglaubigt; er hatte die volle Verfügung über Heer und Marine. (Art. 104. *La force publique est essentiellement obéissante.)* Solcher Machtvollkommenheit stand nun in andern Beziehungen die äusserste Beschränkung gegenüber. Das Gehalt des Präsidenten von 400,000 frcs. war gänzlich unzulänglich für eine Repräsentation wie der Franzose sie vom Staatsoberhaupt erwartet; er konnte Gesetze vorschlagen, hatte aber kein Veto und sollte doch für die Ausführung aller Gesetze verantwortlich sein. Er, der jeden Unterofficier ernannte, durfte nicht das kleinste Corps persönlich befehligen. Er konnte die auf 3 Jahre gewählte Nationalversammlung, die gänzlich eines mässigenden zweiten legislativen Factors entbehrte, nicht auf-

lösen noch vertagen bei Strafe sofortigen Amtsverlustes. Endlich verbot Art. 45 seine Wiederwahl vor Ablauf von 4 Jahren nach Beendigung seines Mandats.

Auf diese Weise bestand eine principiell souveräne Versammlung, der aber jede Macht fehlte, ihrem Willen materiellen Nachdruck zu geben einem Präsidenten gegenüber, welcher nichts weiter sein sollte als ihr ausführendes Organ, der aber thatsächlich die ganze Macht eines centralisirten Staatswesens in seiner Hand vereinigte.

Damit war die Nothwendigkeit eines Conflicts zwischen beiden Factoren fast unvermeidlich gegeben, auch ein selbstloser Republikaner wie Cavaignac wäre ihm schwerlich auf die Länge entgangen.

Nun aber legte das Volk diese Machtfülle der Executionsgewalt in die Hände eines Mannes, der sich selbst unter den ungünstigsten Umständen mit fatalistischer Consequenz als Prätendenten und Erben des Kaiserreichs bezeichnet, dessen Namen durch zwei Schilderhebungen gegen den Julithron bekannt geworden war und der nicht nur die napoleonische Politik in zahlreichen Schriften verherrlicht hatte, sondern der auch seine Vertheidigung vor dem Pairshofe mit den Worten beschlossen: *„je représente une cause, celle de l'Empire, un principe, celui de la souveraineté du peuple, une défaite, Waterloo.“*

Die republikanischen Führer verachteten ihn als ungefährlichen Schwärmer; während die Verbannungsdecrete gegen die Bourbonen und Orleans aufrecht erhalten wurden, liess man Louis Napoleon auf Jules Fàvre's Antrag als Mitglied der Nationalversammlung

zu, da die Bonapartes der Republik doch nie gefährlich werden könnten. Der Prinz spielte zuerst den Uneigennützigen und schrieb von London aus einen Brief an den Präsidenten der Nationalversammlung, durch den er auf das Mandat verzichtete: „*Si le peuple m'impose des devoirs je saurai les remplir, mais je désavoue tous ceux qui me prêteraient des intentions ambitieuses, que je n'ai pas. Mon nom est un symbole d'ordre, de nationalité et de gloire et ce serait avec la plus vive douleur que je le verrais servir à augmenter les troubles et les déchirements de la patrie.*"

Cavaignac bemerkte bei Vorlesung dieses Schreibens, dass in demselben das Wort Republik nicht vorkomme; der Prinz beeilte sich einen zweiten erklärenden Brief nachzusenden, in welchem er versicherte, er wünsche die Erhaltung einer weisen, grossen und intelligenten Republik und habe nur das Mandat abgelehnt, damit sein Name nicht zum Vorwand von Unruhen diene. Nachdem er jedoch noch mehrmals wiedergewählt war, hielt er es nicht für rathsam in dieser patriotischen Entsagung zu verharren und nahm am 26. Sept. seinen Sitz als *représentant du peuple* ein, mit eifriger Versicherung seiner Ergebenheit gegen die Republik.

„*Après* 30 *ans de proscription et d'exil, je retrouve enfin ma patrie et tous mes droits de citoyen. La République m'a fait ce bonheur, que la République reçoive mon serment de reconnaissance, mon serment de dévouement et que les généreux compatriotes qui m'ont porté dans cette enceinte soient certains, que je m'efforcerai de justifier leurs suffrages en travaillant avec vous au*

maintien d'ordre, ce premier besoin du pays et au développement des institutions democratiques que le peuple a droit de réclamer."

Man bemerke schon in dieser Rede den Nachdruck, den er auf das erste Verlangen der Masse, die Erhaltung der Ordnung, legt, und wie er nur von den demokratischen Institutionen spricht, welche das Volk selbst will. Der französische Bauer mochte daraus abnehmen, dass der Erbe des napoleonischen Namens stets auf der Seite der Ordnung um jeden Preis stehen würde, ohne doch die Errungenschaften von 1789 zu bedrohen, wie es eine legitimistische Candidatur gethan hätte.

Seit jener ersten Rede sprach das neue Mitglied nur noch einmal am 10. October einige abwehrende Worte, und liess übrigens passiv alle Anfeindungen über sich ergehen. Dafür organisirte er im Stillen seine Propaganda im Lande. Pietri, Persigny, Conti u. A. reisten umher und verbreiteten zündende populäre Schriften und Lieder, in denen der Ruhm des Kaisers gefeiert ward, den Bauern wurden goldene Berge versprochen, vor allem die Aufhebung der verhassten *décimes;* das Resultat war seine Erwählung mit mehr den 5 Mill. Stimmen.

Der Präsident verhielt sich in seiner neuen Stellung ebenso vorsichtig und schweigsam wie vorher in der Nationalversammlung, er überliess es der Thorheit der Parteien, sich untereinander zu zerfleischen und abzumatten. Das starke socialistische Contingent, welches die Wahlen zur Nationalversammlung im Februar stellten, die Juniaufstände von Paris und Lyon trieben die

Majorität zu drakonischen Gesetzen, die Vereinsfreiheit ward aufgehoben, die Häupter der Linken wurden verbannt, die Aufständischen massenweise deportirt, endlich das allgemeine Stimmrecht durch das Gesetz vom 31. Mai verstümmelt, welches dreijährigen Wohnsitz verlangte.

Der Präsident vollzog diese Gesetze schweigend; sie arbeiteten für ihn, auf die Nationalversammlung aber fiel das Odium derselben; er benutzte nur jede Gelegenheit, an seinen Beruf als Schützer der Ordnung zu erinnern, betonte aber dabei stets sein Herz fürs Volk.

Dagegen griff er selbstthätig ein, indem er trotz aller Hindernisse die römische Expedition durchsetzte und mit der Herstellung der weltlichen Gewalt des Pabstthums den ganzen Clerus ebenso auf seine Seite brachte, wie er die durch die Revolution erbitterte Armee durch die ersten neuen Lorbeeren an sich fesselte. Als er sein Cabinet nicht gefügig fand, entliess er es kurzer Hand. Man hatte vom Präsidenten erwartet, er werde seine Minister nach parlamentarischen Grundsätzen wählen, aber in der Verfassung stand davon nichts, die Versammlung musste ihn gewähren lassen. Sie hatte auch wichtigeres zu thun als sich um den Präsidenten zu kümmern, den sie noch immer für ungefährlich hielt. Sie erschöpfte ihre Kraft in wüthenden Parteikämpfen, denen das ermüdete Land mit Widerwillen zusah.

Jemehr die politische Apathie und die sociale Angst vor der unberechenbaren Zukunft stieg, desto mehr trat, wenn auch noch meist mit grosser Vorsicht, der Präsi-

dent aus seiner Zurückhaltung hervor, um dem Volke zu zeigen, dass es für die Sache der Ordnung auf ihn zählen könne. Bei dem Neujahrsempfang von 1851 im Elysée bemerkte er dem Vorsitzenden der Nationalversammlung Dupin:

„*Ma conviction c'est que la France veut la paix et l'ordre et qu'elle donnerait tort à celui des deux pouvoirs, qui attaquerait l'autre.*“

Gleich darauf schritt er selbst dazu, seinen gefährlichsten Gegner unschädlich zu machen. Der Art. 32 der Verfassung gab der Nationalversammlung das Recht für ihre Sicherheit zu sorgen: „*elle fixe le nombre et l'importance des forces militaires qui seront établies pour sa sûreté et elle en dispose.*“

Der Commandant dieser Truppen war damals der General Changarnier, der wiederholt seinen Entschluss kundgegeben, die Versammlung *envers et contre tous* zu vertheidigen, aber das Recht, diesen Commandanten zu ernennen, stand dem Präsidenten zu und er war entschlossen Changarnier zu entfernen; seine Minister weigerten sich die Absetzung zu unterzeichnen und reichten ihre Entlassung ein. An die Stelle des General Lahitte trat Regnaud St. Jean d'Angely; am Abend des 9. Jan. ward das Destitutionsdecret vollzogen.

Die Majorität war aufs höchste erbittert, aber der Präsident erklärte ihren Chefs, die er zu sich ins Elysée beschieden, sein Entschluss sei unwiderruflich, setzte übrigens halb beruhigend halb ironisch hinzu: „*Vous aurez des troupes tant que vous en voudrez, mais pour des ennemis, vous n'en aurez point.*“ In der Versammlung

brach nun ein grosser Sturm los; man beschloss eine Untersuchungscommission, aber man wagte doch nicht es aufs Aeusserste zu treiben. Der Antrag ging dahin: „*l'assemblée en reconnaissant pleinement le droit du pouvoir exécutif de disposer des commandements militaires, blâme l'usage que le ministère* (Umgehung des verantwortlichen Präsidenten) *a fait de ce droit et déclare que l'ancien Général en chef de l'armée de Paris conserve tous ses titres aux témoignages de confiance que l'Assemblée lui a décernés dans sa séance du 3 Janvier.*“ Die Debatte war leidenschaftlich; offen gegen Changarnier, der sich mit gemessener Würde vertheidigte, war nur die Montagne, welche ihn für ihre Pläne fürchtete; Thiers dagegen schloss seine glänzende Rede mit den Worten: „*si nous reculons, l'Empire est fait.*“ Das Ministerium liess nichts unversucht, um dem Antrag die Spitze abzubrechen und der neue Minister des Innern Baroche liess sich sogar herbei zu erklären: „*Nous ne voulons pas de restauration monarchique, ni de branche aînée, ni de branche cadette. Il y a une troisième chose dont nous ne voulons pas davantage, c'est une restauration impériale.*“

Der Kampf endete schliesslich mit der Annahme eines Amendements von St. Beuve, das nicht Fisch und nicht Fleisch war: „*L'assemblée déclare qu'elle n'a pas confiance dans le ministère et passe à l'ordre du jour.*“ Damit war die dem General zugedachte Huldigung vereitelt und die Majorität ohne Zwecke zersplittert; das Journal des Débats urtheilte richtig: „*c'est un act d'opposition et de provocation à la fois inutile, inopportun,*

téméraire et dangereux.“ Das Ministerium reichte seine Entlassung ein, der Präsident nahm sie an, aber erklärte in einer Botschaft der Versammlung, dass er in der durch exceptionelle Umstände gebildeten Majorität keine Elemente für ein dauerndes Ministerium habe finden können, ebenso wenig in der Minorität, dass er deshalb zu einem Uebergangsministerium seine Zuflucht nehmen müsse, bis eine reelle Majorität sich wieder gebildet haben würde.

Unbekannte Namen traten an die Stelle der bekannten, der Präsident hatte seinen Willen durchgesetzt, die Versammlung war uneinig, ohnmächtig, die Verwirrung stieg sichtlich. Wenige Tage darauf ging ihr ein Gesetzentwurf für die Erhöhung der Civilliste um 1,800,000 frcs. zu, sie ward mit einer Mehrheit von 102 Stimmen verworfen, wobei der Berichterstatter Piscatory bemerkte: Der Präsident sei keineswegs *chef de l'état*, sondern nur *chef du pouvoir exécutif.* Louis Napoleon zeigte keine Verstimmung, er liess mit Ostentation seine Pferde verkaufen, und im Moniteur erklären, er werde keine Entschädigung durch eine freiwillige Nationalsubscription annehmen.

Eine solche aber war wirklich im Werke, so sehr stand das Land schon auf Seiten des Präsidenten gegen die Versammlung, derselbe hatte seine Stellung durch diese Niederlage wie durch den vorhergegangenen Sieg nur verbessert.

Nachdem das Uebergangsministerium seine Dienste gethan hatte, trat ein neues Cabinet an seine Stelle, in dem die Hauptnamen des alten durch das Misstrauens-

votum beseitigten, Baroche und Fould, wieder erschienen, eine ihm feindliche motivirte Tagesordnung ward verworfen; *le meilleur des Ministères est celui qui est possible*, bemerkte Graf Montalembert achselzuckend.

Eine Anzahl der bedeutendsten parlamentarischen Führer, welche überzeugt waren, dass das einzige Heil in der Wiederherstellung der Monarchie liege und doch den Bonapartismus fürchteten, versuchten damals die Fusion der beiden bourbonischen Zweige.

Sie scheiterte bekanntlich an dem unversöhnlichen Widerspruch der Principien der Legitimität und der Nationalsouveränetät, auf welchen die ältere und jüngere Linie beruhten. Der Herzog von Broglie bemerkte treffend: „Die Fusionisten sind in der Politik was die Puseyiten in der Religion sind, die aufgehört haben, Protestanten zu sein, aber doch keine Katholiken sein wollen."

Auch liess das Experiment, welches die Salons lebhaft bewegte, die grosse Masse der Nation ganz unberührt, welche vor allem Ruhe wollte und deshalb mit steigender Angst den Problemen der Zukunft entgegen sah. Handel und Wandel lagen gänzlich danieder, die 3-proc. Rente war auf 55 gesunken, der Credit, für welchen die Furcht vor dem kommenden Uebel fast schlimmer ist als das Uebel selbst, war vollständig untergraben.

Dabei organisirten sich die Socialisten immer mehr und spannten ihr Netz über Frankreich; in dem Manifest ihres unsichtbaren *Comité central de résistance* hiess es „*Aujourd'hui il n'y a plus de pardon possible, il*

n'en faut point, il ne doit point y en avoir. Répondez à la résistance avec du plomb, du fer et du feu."

Die Loosung der Revolution war inzwischen sich ruhig zu halten und abzuwarten, bis die Furcht die Besitzenden so mürbe gemacht, dass bei den Wahlen von 1852 die Rothen unter dem Druck gleichzeitiger Aufstände siegen könnten.

Der Berg war daher gegen jede Revision der Verfassung, durch welche deren gefährlichste Bestimmungen hätten abgeändert werden können und fand sich in diesem Widerstande gestützt durch die constitutionellen Vorschriften, welche für die erst im dritten Jahre der Session gestattete Abänderung eine dreimal wiederholte Majorität von dreiviertel der Stimmen forderte.

Nur in einem Punkte verlangte die Linke eine Aenderung. Sie wünschte das unbeschränkte allgemeine Stimmrecht herzustellen, während die Majorität der Versammlung in dem Gesetz vom 31. Mai den einzigen Rettungsanker sah. In diesem Punkte aber begegneten sich die Wünsche der Linken mit denen des Präsidenten. Er hatte früher der Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts nicht widersprochen, ja sie in der Stille gefördert, weil es damals sein Interesse war mit der Majorität zu gehen; aber principiell hatte er sich schon 1844 in seinem Aufsatz *du système électoral* für das allgemeine, wenn auch indirecte Stimmrecht erklärt und die Erfahrungen, die er durch seine Wahl gemacht, hatten ihn selbstverständlich nur in der Ansicht bestärken müssen, dass dies Princip die festeste Grundlage für die populäre Tyrannis des Bonapartismus bilde.

Dies betonte er denn auch stets: „*invoquant la souveraineté du peuple, je ne reconnais à personne le droit de se dire son représentant plus que moi.*"

Demgemäss trat er in seiner Botschaft vom 5. Nov. 1851 mit dem Vorschlag auf, an die Stelle des dreijährigen Wohnsitzes, von welchem das Gesetz von 1850 das Wahlrecht abhängig gemacht, einen sechsmonatlichen treten zu lassen.

Die Botschaft ward mit Beifall von der Linken begrüsst, welche nur den Sieg ihres Princips sah und damit sicher glaubte im nächsten Jahre günstige Wahlen durchzusetzen, sie vergass ganz ihr bisheriges Misstrauen gegen Louis Napoleon.

Aber dasselbe trat um so stärker bei der conservativen Majorität hervor, die den Vorschlag nur als bedeutsames Sympton der beunruhigenden Absichten auffasste, welche dem Präsidenten zugeschrieben wurden. In ihren Augen konnte die Aufhebung des Gesetzes vom 31. Mai, welches der Präsident in Uebereinstimmung mit ihr ins Leben gerufen, nur ein Mannöver sein um ihm den Weg zum Staatsstreich zu bahnen.

In dieser Meinung fand sie sich noch bestärkt durch ein Circular des neuen Kriegsministers, General St. Arnaud vom 28. Oct. an die Commandanten der Pariser Armee, in welchem dieselben kategorisch auf die Pflicht des unbedingtesten Gehorsams gegen ihren obersten Chef hingewiesen wurden, „*la responsabilité ne se partage pas, elle s'arrête au chef de qui l'ordre émane*"; man sah hierin eine Verletzung des Art. 32 der Verfassung, wonach die Versammlung über die Militair-

kräfte, welche sie zu ihrer Sicherheit nothwendig erachtete, disponiren konnte. Auf's höchste aber stieg die Erbitterung der Majorität nach der Anrede, welche der Präsident am 8. Nov. an die Officiere der neu nach Paris verlegten Regimenter gehalten und die mit den Worten schloss: „*si jamais le jour du danger arrivait, je ne ferais pas comme les Gouvernements qui m'ont précédé, et je ne vous dirais pas: Marchez, je vous suis, mais je vous dirais: Je marche, suivez moi.*

In der Aufregung dieser Eindrücke ward die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Wiederherstellung des allgemeinen Wahlrechts verworfen, wenn auch nur mit einer Mehrheit von 7 Stimmen. Aber hierdurch nicht befriedigt, wollte die Majorität sich auch durch positive Maassregeln gegen einen Staatsstreich sichern, sie brachte wesentlich auf Betreiben von Thiers die famose *proposition des questeurs* ein, zur Erläuterung und Sicherstellung des vorerwähnten Art. 32. Danach sollte der Präsident der Nationalversammlung ermächtigt sein über deren innere und äussere Sicherheit zu wachen und zu dem Behuf das Recht haben die bewaffnete Macht sowie alle Autoritäten, deren Beihülfe er für nothwendig erachtete, aufzubieten. Er sollte auch derartige Aufforderungen direct an alle Offiziere, Commandanten und Beamte richten dürfen, welche unverzüglich Folge zu leisten hätten.

Die Absicht war, wie die später beim Quästor Baze vorgefundenen Papiere zeigten, den Präsidenten bei erster Gelegenheit in Anklagezustand zu versetzen und Changarnier an Stelle des zaghaften Dupin zum Präsi-

denten der Versammlung zu machen, auf welche die Executivgewalt dann übergegangen wäre.

Louis Napoleon täuschte sich über die Tragweite des Vorschlags nicht und traf seine Maassregeln: wurde der Antrag angenommen, so war schon damals der Conflict unvermeidlich, aber er wäre am 17. Nov. sehr viel blutiger und gefährlicher für den Präsidenten gewesen, weil damals die Versammlung nicht überrascht worden wäre. Die Verblendung der Linken ersparte ihm diesen heisseren Kampf. Der Berg sah in dem Antrag nur den Versuch der verhassten Majorität, das Heft in die Hand zu bekommen und stimmte dagegen, so dass nach leidenschaftlichen Debatten die *prise en considération* mit einer Mehrheit von 108 Stimmen verworfen ward.

Dies Votum sowohl wie das für die Aufrechthaltung des Gesetzes vom 31. Mai war ein Sieg für den Präsidenten. Niemand wird bestreiten, dass allein das allgemeine Stimmrecht Grundlage einer demokratischen Republik sein kann, die sich zu den Principien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bekannte.

Das Gesetz vom 31. Mai war eine Verletzung des Art. 24 der Verfassung, nach welchem das Stimmrecht direct und allgemein sein sollte Diejenige der beiden Staatsgewalten, welche Aufhebung dieser Verletzung öffentlich beantragte, musste einen grossen Vortheil über die andere davon tragen, welche die verfassungswidrige Beschränkung aufrecht halten wollte, vor allem mussten ihr die 3 Mill. Wähler zufallen, welche das Gesetz vom 31. Mai ihres Rechts beraubte.

Der Sieg der Majorität in dieser Frage wurde da-

her ebenso zum Gewinn ihres Gegners, wie der verfehlte Angriff, den sie mit dem Antrag der Quästoren machte; die Mehrheit der Nation war unzweifelhaft auf Seiten des Präsidenten, und die öffentliche Meinung verlangte vor allem Ruhe und war der verbitterten parlamentarischen Kämpfe, aus denen kein positives Resultat hervorging, die vielmehr nur die Agitation permanent machten, bis zum Ekel satt.

Als Louis Napoleon am 25. Nov. bei Gelegenheit der Vertheilung der Preise an die französischen Aussteller der Londoner Ausstellung die Worte sprach; „*on voit des hommes, jadis ardens promoteurs des prérogatives de l'autorité royale, se faire „„conventionnels““ afin de désarmer le pouvoir issu du suffrage populaire*“ brach die Versammlung, welche aus mehr denn 3000 Personen der mittleren Klasse bestand, in lauten Beifall aus. Die Majorität der Nationalversammlung aber suchte den verlorenen Boden indirect wiederzugewinnen, indem sie einen Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Beamten und des Chefs der Executivgewalt einbrachte, also denselben unfruchtbaren Kampf wieder begann.

Die Saiten waren so gespannt, dass der Conflict sich doch nicht mehr lange hätte vermeiden lassen. Den Ausschlag zum Handeln gab wohl ein entwendeter Brief des bekannten Orleanisten Roger (du Nord) an die Herzogin von Orléans, welcher dieselbe aufforderte, sich der Grenze Frankreichs zu nähern, Thiers und Changarnier als entschlossen den Präsidenten nach Vincennes bringen zu lassen nannte, und die günstige Stimmung mehrerer Departements betonte.

Louis Napoleon wählte seine Stunde und überraschte seine Gegner vollständig. Er wie seine wenigen Mitverschworenen bewahrten ihr Geheimniss so gut, dass Niemand bei dem Empfang, der am Abend des 1. Decbr. im Elysée stattfand, irgend etwas von den Plänen bemerkte oder ahnte, welche in einigen Stunden ausgeführt werden sollten [1]). Man hatte so lange vom Staatsstreich gesprochen, ihn so oft für einen bestimmten Augenblick als unvermeidlich vorausgesetzt, dass niemand in dem Augenblick daran dachte, als er ausgeführt ward. Und so wirksam waren alle Vorbereitungen getroffen, dass in wenigen Stunden alles beendet war. Paris erwachte am 2. Decbr. ohne Ahnung davon, dass eine neue Ordnung der Dinge angebrochen war [2]).

Wir haben hier nicht die Einzelheiten des Staatsstreiches, der Verhaftungen, des Strassenkampfes, der Deportationen, der Verbannungen u. s. w. zu verfolgen, wie dies in Schriften für und wider bereits wiederholt geschehen ist.

[1]) Ein Augenzeuge berichtet darüber vom 2. Decbr. „Gestern Abend fand der gewöhnliche Montagsempfang beim Präsidenten im Elysée statt; in der Conversation des Präsidenten und in seinem ganzen ruhigen Wesen war auch nicht das geringste Anzeichen von dem bemerkbar, was damals schon in der Ausführung begriffen war und wobei furchtbar viel auf dem Spiele steht; eine solche äussere Ruhe in solchem Augenblick ist vielleicht beispiellos. Es war mir auffallend, dass ungewöhnlich viele Offiziere die Salons füllten, während sehr wenige Repräsentanten gegenwärtig waren. Später ging ich zum Herzog von Broglie, wo viel über einen Staatsstreich gescherzt wurde, wo aber niemand an eine so schnelle Verwirklichung dachte."

[2]) Der Minister des Auswärtigen Marquis de Turgot, der nicht ins Geheimniss gezogen war, hatte zum 2. Decbr. Einladungen zu einem diplomatischen Diner ergehen lassen, welches auch wirklich in dem mit Truppen stark besetzten Hôtel stattfand.

Der Aufstand, den die socialistische Partei in Paris zu organisiren versuchte, an dem aber die eigentliche Arbeiterbevölkerung nur geringen Antheil nahm, ward mit überlegener militärischer Kraft niedergeworfen, ebenso die vereinzelten Emeuten in den Provinzen, namentlich im Süden, wo die Zerstörung von Schlössern im Département de l'Hérault eine Probe der für 1852 beabsichtigten Jacquerie gab.

Für die verhafteten Generale und Volksvertreter erhob sich keine Hand, die grosse Mehrheit der Nation stimmte dem Staatsstreiche zu; alles was nicht von dem communistischen und socialistischen Schwindel ergriffen war, verlangte Ruhe, Ordnung und Sicherheit und stellte sich auf die Seite des Präsidenten, welcher allein im Stande war, diese ersten Güter der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. Die 5-proc. Rente, die am 1. Decbr. 91 f. 60 stand, war am 15. Decbr. auf 102 f. 50 gestiegen, Handel und Verkehr hoben sich mit einem Schlage aus ihrer bisherigen Stagnation.

Nachdem durch Decret vom 6. Decbr. das Pantheon dem katholischen Gottesdienst zurückgegeben und wie früher der *St. Geneviève patronne de Paris* gewidmet ward, erklärte der Clerus, an seiner Spitze der streng kirchliche Bischof von Chartres, sich für Napoleon, und Graf Montalembert sprach sich in einem offen gehaltenen Briefe dahin aus, dass er dem Prinzen seine Stimme geben werde, „welcher seit drei Jahren der Sache der Ordnung und des Katholicismus unermessliche Dienste geleistet hat."

Ein Schreiben des Pabstes an Montalembert billigte

dessen Verfahren vollkommen, worauf denn die Geistlichkeit sich beeilte, den Präsidenten als das auserwählte Rüstzeug zur Rettung der Religion und Gesellschaft zu feiern.

Das Plebiscit vom 20. Decbr. ratificirte den Staatsstreich mit einer unermesslichen Majorität und gab dem Präsidenten, der seine Decrete Louis Napoleon Bonaparte unterzeichnete, freie Hand, eine neue Verfassung zu machen, deren Grundlagen sich bereits in der vom Elysée gleich nach dem Staatsstreich ausgegangenen Flugschrift „*la révision de la constitution*“ vorgezeichnet fanden.

Das französische Volk brauchte seine Souveränetät nur, um ihr zu Gunsten der Dictatur zu entsagen, es gab nicht nur das parlamentarische System, sondern persönliche Freiheit, Pressfreiheit, Redefreiheit auf und acceptirte die Herrschaft des Säbels und der Polizei, um wenigstens Leben und Eigenthum zu retten.

Selbst das liberale Journal des Débats gab zu: *l'ordre public est le mot du Gouvernement et le cri de la société* und auch die meisten unabhängigen französischen Politiker, welche mit Trauer auf die Unterdrückung aller langerrungenen Freiheiten sahen, waren unter den obwaltenden Umständen geneigt, mit Resignation dem Wort des Fürsten Metternich über den Staatsstreich zuzustimmen: „*Je ne l'approuve pas, je ne le blâme pas, je l'accepte.*“

II.

Der erste Eindruck des Staatsstreichs vom 2. December auf die öffentliche Meinung war der einer allgemeinen Empörung, man sah darin nur den Verfassungsbruch und die Niederlage des Parlamentarismus, sowie aller freiheitlichen Garantien, übersah aber in der gerechten Entrüstung über das Glücksritterthum, welches sich auf den Ruinen der gefallenen Republik breit machte, die Unhaltbarkeit und die Gefahren des Zustandes, welchem Napoleons Eingreifen ein Ende machte.

Dies Urtheil modificirte sich nach der Abstimmung vom 20. Decbr. insofern, als man einsehen musste, dass die französische Nation nichts besseres wollte und völlig nicht blos die öffentliche Freiheit der Ruhe opferte, sondern sich auch ohne Murren die furchtbaren Eingriffe in die Privatsphäre gefallen liess, welche mit den Verbannungs-, Deportations- und Confiscations-Decreten anfingen. Es begann mit der Wiederaufrichtung des Absolutismus in Frankreich namentlich bei den Deutschen eine heilsame Reaction gegen den überwiegenden

und unglücklichen Einfluss, den der französische Pseudoliberalismus seit 1815 auf die einheimische Entwicklung geübt.

Ganz anders war der Eindruck der Decemberereignisse bei den europäischen Cabinetten. Die absolutistischen, welche in dem Augenblick die grosse Mehrzahl bildeten, sahen darin vor allem einen Sieg des Autoritätsprincips. „Wenn auf der einen Seite, schrieb ein wohlunterrichteter Gesandter am 9. Decbr. aus Frankfurt, sich ein gewisses Bedauern zeigt, dass die Sache der Legitimität so wenig Chancen in Frankreich zu haben scheint, so hat doch der Triumph der militärischen Gewalt und der Schlag, welcher der parlamentarischen Regierung versetzt ist, die rückhaltsloseste Befriedigung verursacht.“ Auffallend dagegen mag es erscheinen, dass auch die beiden bedeutendsten liberalen Staatsmänner Europa's Palmerston und Cavour dem Staatsstreich zustimmten. Selbstverständlich indess nicht, weil sie die That an sich billigten, sondern zunächst weil beide die Unmöglichkeit erkannt hatten, dass die Republik bestehe, sodann aus Gründen ihrer speciellen Stellung.

Cavour's Scharfblick erkannte, dass nach der Besiegung der Anarchie Napoleon auf die auswärtige Politik werde hingelenkt werden: „*l'Europe va rentrer en mouvement*“ schrieb er und begriff sofort, von welcher Wichtigkeit es für seine Pläne, für die Befreiung Italien's sein müsse, sich gut mit dem neuen Machthaber in Paris zu stellen.

In anderer und doch ähnlicher Lage befand sich Palmerston.

Seine Politik hatte in den letzten Jahren bei allen Schwankungen doch die sehr bestimmte Richtung verfolgt, stetig dem russisch-österreichischen Einfluss entgegenzutreten.

Er hielt für diese Politik die Unterstützung der oppositionellen Richtungen in den absolutistisch regierten Staaten als ein wirksames Mittel, war aber eben dadurch den betreffenden Regierungen besonders verhasst geworden. Bei der Wendung der Dinge in Frankreich, die in Wien und Petersburg mit grosser Befriedigung gesehen ward[1]), schien es nun Palmerston von entscheidender Wichtigkeit, jenen beiden Cabinetten zuvorzukommen und den neuen Gewalthaber für sich zu gewinnen.

Er sprach deshalb nicht nur privatim, sondern auch officiell in einer Depesche an Normanby seine Zustimmung zum Staatsstreich aus und beglückwünschte den französischen Botschafter in London.

Dies brachte die schon lange bestehende Differenz zwischen Palmerston und seinen Collegen zur Krisis. Das Whigministerium bekannte in seiner überwiegenden Majorität sich streng zum Princip der Nichtintervention und missbilligte die Neigung des auswärtigen

---

1) Dies war auch der erste Eindruck des englischen Botschafters in Paris Lord Normanby. Am 3. Decbr. schreibt er: *If Napoleon succeeds in his election, it is not a good prospect for England. This step will evidently bee approved by Russia and Austria and lead to some intimate alliance with these powers. Napoleon will soon find, that he must occupy his overgrown army to keep it quiet and that the French will seek for some cause of quarrel with England, who is now so unpopular with the other powers on the continent.*

Sekretairs zur antiabsolutistischen Tendenzpolitik, es hielt ein bestimmtes Entgegenwirken gegen Oesterreich und Russland nicht im Interesse Englands und wollte mit beiden Staaten auf gutem Fusse bleiben, so lange nicht englische Interessen direct im Spiel waren.

Dem Princip der Nichtintervention gemäss beschloss das Ministerium denn auch, sich jeder officiellen Aeusserung über den Staatsstreich zu enthalten, obwohl die meisten englischen Politiker beider Parteien denselben für nothwendig anerkannten.

Als Palmerston im offenen Widerspruch mit diesem Beschluss sich förmlich für Napoleon aussprach, liess ihm die Königin durch Lord John Russell die Siegel des auswärtigen Amtes abfordern; derselbe schrieb ihm hierbei ausdrücklich (Decbr. 17), dass die materielle politische Frage dabei gar nicht berührt werde. „*the question is not, whether the President has been justified in dissolving the assembly and annulling the Constitution, but whether you were justified, as the Queens secretary of State, in expressing an opinion upon the subject.*“

Der Rücktritt Palmerston's, den Lord Granville ersetzte, überraschte allgemein und selbst in Paris war man nicht gleich über das eigentliche Motiv im Klaren. Die Zeitungen, zum Theil von ihm inspirirt, behaupteten, Palmerston sei dem Andrängen der absolutistischen Cabinette zum Opfer gefallen. Die Gesandten derselben aber waren klug genug, einzusehen, dass es nicht in ihrem Interesse sei, diesen Glauben zu unterstützen, welcher das englische Selbstgefühl zu reizen ganz ge-

eignet war. Sie widersprachen daher jenen Gerüchten, welche daran einen Anhalt hatten, dass jene Mächte eben Vorstellungen wegen des Treibens der Flüchtlinge in England gemacht hatten [1]). Der wirkliche Grund des Rücktritts konnte natürlich der französischen Regierung nicht gefallen, speciell fürchtete sie, dass es bei der unvermeidlichen bevorstehenden Debatte über das Ereigniss im Parlamente zu heftigen Aeusserungen gegen die Person des Präsidenten kommen könne, zumal die englische Presse eine Sprache führte, welche Napoleon im hohen Grade verletzte.

Englischerseits ward darauf hingewiesen, dass ein grosser Unterschied zwischen einer Missbilligung des Staatsstreichs und einer Missbilligung einer öffentlichen Billigung desselben sei; nur die letztere sei gegen Lord Palmerston ausgesprochen; die Regierung werde ihr Möglichstes thun, die Debatte in ziemlichen Grenzen zu halten, habe aber keine Macht, unabhängige Mitglieder zu hindern Ausdrücke zu gebrauchen, welche dem Präsidenten unangenehm sein könnten, noch weniger die Presse zu zügeln.

Die Klippe ward denn auch glücklich vermieden. Lord John verlas bei der Debatte ein Memorandum der Königin, in welchem sie ihre Auffassung eines englischen Souverains und ihre Klagen gegen Palmerston zusammenfasste [2]). Man war im Unterhause zuerst überrascht den Namen der Königin so vorgeschoben zu sehen, fühlte

---

1) Cfr. in Anlage 1 die Correspondenz zwischen Baron Brunnow und Lord Russell.

2) Cfr. Anlage 2.

aber, dass sie ganz unangreifbar auf constitutionellem Boden stehe und Palmerston's Haltung nicht zu vertheidigen war [1]).

Das Ministerium ging siegreich aus der Debatte hervor, zumal auch Palmerston genöthigt war, sich sehr zurückzuhalten, um nicht vor dem Publikum als Vertheidiger des Absolutismus zu erscheinen.

Lord John zeigte sich gleichzeitig zuvorkommend gegen den Präsidenten, indem er Lord Normanby, der in Paris nicht mehr gern gesehen war, abberief, zu dessen Nachfolger Lord Cowley ernannt ward.

Graf Walewski ward beauftragt die Dankbarkeit der französischen Regierung über diesen Schritt auszusprechen; sie habe immer sorgfältig vermieden auch nur die leiseste Klage gegen Lord Normanby zu äussern, aber es seien Umstände, die vielleicht einen Wechsel wünschenswerth machten und niemand hätte der Regierung angenehmer sein können als Lord Cowley.

Am willkommensten freilich war in Paris die Nachricht von dem bald darauf erfolgten Falle des Cabinets, welches Palmerston stürzte und das den Tories Platz machte, unter denen Lord Malmesbury, ein persönlicher Freund des Präsidenten, das auswärtige Amt übernahm. Napoleon verhehlte seine Befriedigung nicht, als die telegraphische Nachricht von diesem Cabinetswechsel während des *Cercle diplomatique* eintraf, den er am

---

1) „*If Lord John had not taken that line, he would not have had a leg to stand on, we were immediately convinced that he could not have fought the battle on political grounds*" äusserte ein Mitglied unmittelbar nach der Debatte.

23. vor einem grossen Ball in den Tuilerien schon ganz mit dem unter dem Kaiserreich üblichen Ceremoniell hielt. Von da an gestalteten sich die Beziehungen beider Regierungen immer herzlicher.

Der Eindruck bei den grossen nordischen Mächten war verschieden gewesen, zwar hatten ihre Vertreter in Paris nach vorgängiger Uebereinkunft dem Minister des Auswärtigen fast gleichförmig sofort erklärt, dass die Decrete des Präsidenten vom 2. Decbr. innere Angelegenheiten beträfen, in welche das Ausland sich nicht zu mischen habe, dass davon abgesehen der Sieg der Regierung über die extreme Demokratie ihren Cabinetten nur als höchst erwünscht und erfreulich erscheinen könne. Aber unter dieser Gemeinsamkeit der Auffassung bargen sich doch erhebliche Schattirungen.

Am rückhaltlosesten zollte Fürst Schwarzenberg dem Staatsstreich Beifall. In einem Memoire vom 29. Decbr. 1851[1]) fasste er sofort die Wahrscheinlichkeit ins Auge, dass sich aus dem Staatsstreich das Kaiserreich entwickeln werde und besprach diese Eventualität im Hinblick auf eine zwischen den Cabinetten von Wien, Berlin und Petersburg zu treffende Verständigung. Der gegen die Napoleoniden gerichtete Vertrag vom 20. Nov. 1815 sei durch die veränderten Umstände seinem Buchstaben nach entkräftet. Die monarchische Gesinnung Louis Napoleon's sei jetzt eine bessere Garantie der Ordnung als die Bourbon's mit ihrer Neigung zum Constitutionalismus.

---

1) Cfr. Anlage 3.

Ueberdies sei es jetzt schon zu spät den Vertrag zur Anwendung zu bringen.

Louis Napoleon sei bereits im Besitz der höchsten Gewalt und die Annahme des Kaisertitels würde eben nur eine Aenderung des Namens sein, wolle man die Anerkennung weigern, so müsse man sich zu einem unabsehbar langen Kriege entschliessen.

Zudem werde man ausdrücklich nur die Thatsache, nicht ein Recht anerkennen. Jetzt seien die Bourbonen unmöglich, vielleicht aber bahne Louis Napoleon der Restauration derselben unter günstigeren Verhältnissen den Weg durch die vorherige Beseitigung des Parlamentarismus. Durch die Anerkennung des Kaiserreichs würden die drei Mächte ihren Principien nichts vergeben, aber Napoleon gewinnen und England isoliren.

Eine wohlverstandene Interessenpolitik gebiete also sich über alle Bedenken hinwegzusetzen, welche sich dagegen geltend machen könnten, einem *„individu tel que Louis Napoleon“* Ranggleichheit zuzugestehen. Auch rathe er nur, die Anerkennung unter der Voraussetzung erfolgen zu lassen, dass vorher Napoleon die bestimmte Versicherung gebe, dass die Veränderung seines Herrschertitels die durch die Verträge bestimmten auswärtigen Verhältnisse, namentlich die territoriale Begrenzung der Staaten unberührt lassen solle und dass er die Eroberungspolitik seines Onkels nicht wieder aufnehmen werde.

Man würde ihn zugleich warnen, dass er gegen eine solche Politik die drei Höfe stets vereint finden werde.

Die Denkschrift zeigt, dass bei dem Fürsten Schwarzenberg die Befriedigung über die Herstellung des Absolutismus in Frankreich und die Hoffnung England zu isoliren alle legitimistischen Skrupel überwog; die Niederlage der Republik in Paris gab Oesterreichs Sieg über die Revolution erst den rechten Halt.

Demzufolge gestalteten sich die Beziehungen der Cabinette von Wien und Paris sehr freundlich und als der französische Gesandte de la Cour dem Kaiser Franz Joseph ein Schreiben des Präsidenten überreichte, durch welches derselbe seine neue Stellung notificirte, hatte er sich des verbindlichsten Empfanges zu erfreuen. Schwarzenberg sprach auch im diplomatischen Verkehr die Ansicht aus, dass Oesterreich und Frankreich einen gemeinsamen Feind, die Revolution, hätten und dass er weder der Annahme des Kaisertitels noch irgend einer andern Maassregel entgegentreten werde, die Napoleon „innerhalb der französischen Grenzen“ zur Befestigung seiner Autorität ergreifen würde.

Umgekehrt gestaltete sich die Anschauung des Kaisers Nicolaus. Er zollte dem Staatsstreich warmen Beifall, aber wollte darum die Sache der Legitimität nicht aufgeben.

Des Kaisers leitender Gedanke war, dass alle Regierungen gegen die Revolution zusammenhalten und handeln müssten, aber er hasste in richtigem Instinct den Liberalismus mehr als die republikanische Anarchie, welche zur Dictatur führen musste.

Er sah deshalb auch die Lage Frankreichs im Herbst 1851 nicht so gefährlich an und meinte, das Land sei

durch den Kreislauf der Revolutionen, die es durchgemacht, so ermattet, dass es beginne, Ruhe und Ordnung als das höchste Gut anzusehen.

Frankreich, äusserte er Mitte October gegen einen bei ihm beglaubigten Gesandten, ist nicht mehr was es war, als es zuletzt Europa überrannte, und Europa ist noch weniger was es damals war. Ich wünsche aufrichtig, Frankreich ruhig, blühend und mächtig zu sehen, aber recht verstanden bei sich zu Hause, nicht bei andern („*chez elle, pas chez les autres*").

Der Staatsstreich überraschte den Kaiser wie alle Welt; er freute sich seines Gelingens, aber machte dabei sogleich seine legitimistischen Vorbehalte. Bei dem Empfang des portugiesischen Gesandten Baron Païva, welcher von Paris nach Petersburg versetzt war, sprach er sich (Decbr. 22) offen in diesem Sinne aus: „*Enfin,*" sagt er in Bezug auf Louis Napoleon, „*tous mes voeux sont pour lui et pour le succès de son entreprise, seulement qu'il soit bien sage. Qu'il se fasse nommer Président—je consens même pour dix ans—pour la vie—rien de mieux — mais pour Dieu, qu'il ne songe pas à se faire proclamer Empereur. Ceci avec les traités qui existent, avec les engagements qui ont été pris, pourrait donner lieu à des graves embarras. Quant aux Orléanistes, on n'a pas à s'occuper d'eux, qu'ils se tiennent bien tranquilles. Comme vous savez, je n'ai jamais voulu rien avoir à faire avec ces gens-là. Comme chef d'un grand état, j'ai dû avoir des rapports officiels avec Louis Philippe, mais rien de plus. C'était un vieux hypocrite que ce Louis Philippe, que j'avais parfaitement bien jugé, à cela près*

que je l'avais cru plus adroit, qu'il n'était réellement. N'en parlons plus, il a fini malheureusement, comme doit finir un homme, qui a trahi son seigneur et maître."

Da Baron Païva in Paris auf vertrautem Fusse mit dem Präsidenten gestanden, so waren diese Worte vielleicht darauf berechnet als indirectes Avertissement ans Elysée zu gelangen.

Aber es begreift sich, dass der Kaiser bei solchen Anschauungen wenig von Schwarzenbergs Denkschrift erbaut sein musste. Die Bereitwilligkeit des Fürsten, die Bourbons fallen zu lassen, berührte ihn um so unangenehmer, als er sonst grosse Stücke auf den Fürsten hielt und diese Nachgiebigkeit nicht mit dessen festem, ja schroffem Charakter zu reimen wusste. Er äusserte sich sehr bitter über eine so niedrige und schwache Politik, glaubte aber auch nicht, dass Louis Napoleon ernstlich an das Kaiserthum denke.

Er war geblendet *(ébloui)* durch die Erfolge des Präsidenten und schätzte die Dienste, welche derselbe der Sache der Ordnung erwiesen, so hoch, dass er dessen verschleierte Ablehnungen des Kaisertitels, den Höflinge und Präfecten den Retter der Gesellschaft anzunehmen drängten, als baare Münze nahm, er hielt es für unmöglich, dass ein Mann „*d'un caractère si noble, de sentiments si élevés*" im Schilde führen könne, was den europäischen Frieden bedrohen werde, erklärte vielmehr wiederholt, dass Louis Napoleons Absicht gewiss nur sei, seine gewonnene starke Stellung zu benutzen, um die revolutionäre Partei zu vernichten.

Der Kanzler Graf Nesselrode theilte diese opti-

mistische Auffassung seines Gebieters nicht; er war dem Präsidenten dankbar für die Unterdrückung der Republikaner, aber sah mit Misstrauen auf die Maassregeln, durch welche derselbe seine persönliche Stellung zu vergrössern strebte, und fürchtete noch mehr die auswärtige Politik, durch welche Napoleon seine Autorität zu befestigen geneigt sein könnte.

Die Maassregeln, welche rasch den Weg zum Empire bahnten, die Wiedereinführung der napoleonischen Verfassung, die Annahme der Adler als Armee-Standarten, die Installation in den Tuilerien, machten inzwischen auch den Kaiser Nicolaus stutzig. Am Abend des 19. Januar liess er den französischen Gesandten General Castelbajac zu sich kommen, setzte ihm seine Gründe gegen die Annahme des Kaisertitels auseinander und ersuchte ihn, diese der Aufmerksamkeit des Präsidenten zu empfehlen.

Als *pis-aller* schlug er vor, derselbe möge wenigstens die Krone nur auf 10 Jahre nehmen.

Castelbajac, der legitimistische Tendenzen hatte und kein grosser Politiker war, sah nicht ein, dass dieser letzte seltsame Vorschlag seinen Gebieter nur beleidigen konnte, und dachte, es könne auf diese Weise doch die Zukunft der Bourbonen gerettet werden; er versprach nicht nur, in diesem Sinne nach Paris zu schreiben, sondern auch dem Kaiser seine Depesche vorzulegen, ehe er sie absende.

Um seinen Bemühungen zu secundiren, sandte Nicolaus den Fürsten Labenski, eine der wenigen Personen, die er in auswärtigen Fragen zu Rathe zog, nach Paris.

Diese Constellation gab den englischen Staatsmän-

nern viel zu denken. Sie sagten sich, dass wenn Napoleon sich mit einer Stellung als lebenslänglicher Präsident begnüge, der Kaiser Nicolaus in seiner reactionären Schwärmerei geneigt sein werde, eine enge Allianz einzugehen, die für England möglicherweise sehr bedenklich werden könne, dass aber, wenn der Prinz durch die Annahme des Kaisertitels die legitimistischen Ideen des Czaren verletzte, wahrscheinlich das Verhältniss zwischen Petersburg und Paris sich in ähnlicher Weise kühl gestalten werde, wie zu Zeiten Louis Philipp's.

Aus diesem Grunde lehnte das englische Cabinet auch den Vorschlag Russlands ab, durch gemeinsame Vorstellungen gegen die Annahme des Kaisertitels zu wirken und denselben jedenfalls nicht ohne vorheriges Einverständniss mit Russland anzuerkennen.

Auf die Notification des Präsidenten hinsichtlich der ihm in Folge des 2. Decbr. übertragenen Gewalten erging die Antwort des Kaisers unterm 22. Jan., welche in freundschaftlicher Fassung geschickt am Schlusse die Verträge und die Unabhängigkeit der Staaten berührte [1]).

Obwohl die durch Castelbajac gemachten Eröffnungen in Paris missfallen mussten, mochte auch der Präsident klug genug sein, keine Empfindlichkeit darüber zu zeigen, so ward doch der russische Gesandte in Paris in der zweiten Hälfte Februar beauftragt, Louis Napoleon die Bedenken seines Gebieters gegen die Herstellung des Empire officiel mitzutheilen.

---

1) Cfr. Anlage 4.

Herr v. Kisseleff suchte sich den Weg zur Erfüllung dieser plötzlichen Aufgabe dadurch zu bahnen, dass er die Stellen seiner Instruction, von denen er voraussah, sie könnten an höchster Stelle verletzen, vorher dem auswärtigen Minister und seinem Unterstaatssecretär Herrn Thouvenel mittheilte, damit sie den Präsidenten vorbereiten könnten.

Beide suchten ihm den Gedanken auszureden, dass Napoleon beabsichtige den Kaisertitel anzunehmen, ohne indess die Möglichkeit bestimmt zu verneinen.

Bei seiner Audienz fand Kisseleff demgemäss den Prinzen vorbereitet und suchte besonders hervorzuheben, dass die Proclamirung des Kaiserreichs den Frieden gefährden müsse, die französische Armee würde dadurch von Enthusiasmus für ihre grosse Zeit ergriffen werden und nicht mehr zu zügeln sein, Napoleon aber würde, wenn er auf diese Weise zum Kriege gedrängt werde, ganz Europa gegen sich vereinigt finden.

Der Präsident wies diese Befürchtungen als unbegründet zurück, bemerkte aber, dass er jeden Versuch die Würde und Unabhängigkeit Frankreichs, wie sie in seiner Person vertreten seien, anzugreifen *(d'attaquer la dignité et l'indépendance de la France, représentées dans ma personne)*, zu vereiteln wissen werde.

Kisseleff beeilte sich gegen eine solche Auslegung eines Rathes zu protestiren, der von seinem Souverän in der freimüthigsten und edelsten Weise einem Gebieter eines Landes gegeben sei, für den Se. Kaiserl. Majestät die höchste Achtung hege und dessen gute Beziehungen

zu allen übrigen Staaten Europa's demselben so sehr am Herzen liege.

Der Prinz nahm diese Versicherungen freundlich auf, aber vermied es, die von Russland gewünschte Zusage zu geben und that, als der Gesandte ihm anbot seine Instructionen vorzulegen, um jedes Missverständniss zu vermeiden, als ob er ihn nicht verstanden.

Er erging sich in wiederholten Versicherungen seiner friedlichen Absichten und Betrachtungen über die innern Zustände Frankreichs, sowie seiner bereits unumschränkten persönlichen Stellung.

„Lesen Sie," sagte er, „nochmals meine Proclamation vom 2. Decbr., habe ich darin nicht unumschränkte Gewalt *(des pouvoirs illimités)* gefordert und wurde sie mir nicht gewährt? Konnte ich nicht am 2. Decbr. durch einen Federstrich mich ernennen zu was ich wollte? was ich damals that, that ich für das öffentliche Wohl und so werde ich zu handeln fortfahren."

Weiteres über seine zukünftigen Absichten konnte der Gesandte nicht aus dem verschlossenen Manne herausbringen.

Die Eindrücke, welche der Staatsstreich in Berlin hervorrief, waren denen in Petersburg ähnlich. Man freute sich der Niederlage der Revolution und eine gleich hernach erschienene Uebersetzung der Napoleonischen Flugschrift *„la révision de la Constitution"*, die durch die Decker'sche Geheime Oberhofbuchdruckerei nicht blos verlegt, sondern mit Rabatt-Promessen verbreitet ward, sprach in ihrem Vorwort die feste Ueberzeugung aus, dass Napoleon am 2. Decbr. die parla-

mentarische Regierung auf dem europäischen Continente für immer vernichtet habe.

Aber auf der anderen Seite waren nicht nur die Legitimitätsbedenken am preussischen Hofe sehr stark, sondern die Befürchtungen, dass der Präsident seine unumschränkte Macht zu einem auswärtigen Kriege benutzen könne, mussten begreiflicher Weise bei der einzigen Grossmacht, die zugleich Grenzmacht Frankreichs war, besonders stark hervortreten.

III.

Diese Befürchtungen erschienen auch um so weniger als unbegründet, als die neue Gewalt in Paris eine gewisse unruhige Händelsucht gegen die schwachen Staaten des Auslandes zeigte, während ihre Beziehungen mit Oesterreich immer intimer zu werden schienen und beide Regierungen namentlich in Bezug auf die Schweiz zusammengingen.

Oesterreich nahm in der Action gegen dieselbe die Initiative. Es schlug Frankreich Mitte Januar eine gemeinsame militärische Besetzung der Schweiz vor. Frankreich lehnte dies ab, aber richtete am 24. Januar eine Note an dieselbe[1]), in welcher es die Forderung aufstellte, dass es dem französischen Gesandten in Bern künftig freistehen solle, die Ausweisung aller französischen Flüchtlinge, die er dem Bundesrath bezeichne, zu verlangen und dass diese Ausweisung jedesmal in einem bestimmten Termin stattfinden müsse, ohne dass

---

[1]) Cfr. Anlage 5.

die Cantonalbehörden dagegen Einwendungen machen dürften. Eine Weigerung, auf diese Forderung einzugehen, müsse die guten Beziehungen beider Länder schwer gefährden und Frankreich zu Maassregeln zwingen, welche es lebhaft wünsche, vermeiden zu können.

Diese Zumuthung, einem fremden Gesandten förmlich das Recht einzuräumen, in die inneren Angelegenheiten einzugreifen und seine Befehle auszuführen, empörte den Bundesrath, aber setzte ihn zugleich in grosse Verlegenheit, denn er sah die Schweiz fast wehrlos gegen das Uebelwollen Frankreichs.

Oesterreich liess die Note des Grafen Fénélon officiell durch seinen Geschäftsträger in Bern unterstützen; mit Preussen stand man wegen Neufchâtel auf gespanntem Fusse; Russland hatte die diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz suspendirt; so blieben nur England und Sardinien.

Der Präsident Furrer wandte sich an diese beiden Regierungen, die übereinstimmend riethen, jede Concession an Frankreich zu machen, die mit der Ehre eines unabhängigen Staates verträglich sei, aber darüber hinausgehende Forderungen mit Festigkeit und Würde abzulehnen.

Der sardinische Ministerpräsident Azeglio machte in seiner Antwort speciell darauf aufmerksam, dass er um Verwicklungen mit Frankreich und Oesterreich zu vermeiden, die Initiative genommen und das Pressgesetz so geändert habe, dass fremde Gesandte nicht selbst als Ankläger bei Angriffen der Zeitungen auf ihre Souveräne aufzutreten brauchten, dass die Flüchtlinge in Sardinien

nur geduldet würden, wenn sie sich stille verhielten, aber dass er jede demüthigende Forderung einer der beiden grossen Grenzmächte entschieden zurückweisen würde, weil Nachgiebigkeit in solchem Falle nur zu grösseren und abgeschmackteren Zumuthungen führen könne [1]). Die Schweiz antwortete in diesem Sinne durch die Note vom 9. Februar.

England begnügte sich inzwischen nicht damit, in Bern mässigend zu wirken, sondern nahm auch Anlass in Paris auf die Gefahren nachdrücklich aufmerksam zu machen, welche eine Verletzung der Schweizer Neutralität herbeiführen müsse. Lord Cowley theilte am 25. Februar dem Marquis Turgot eine vertrauliche aber ostensible Depesche Lord Granville's vom 20. mit, worin versichert ward, dass England, weit entfernt die Schweiz in ihrem Widerstande zu bestärken, seinen Einfluss in Bern eifrig geltend gemacht habe, sie zu bewegen, den Reclamationen Frankreichs so weit thunlich, Genüge zu leisten. Turgot, der diese Frage persönlich mit grosser Leidenschaftlichkeit aufgefasst hatte, wollte Anfangs nicht zugeben, dass eine fremde Regierung sich in eine Angelegenheit mischen dürfe, die Frankreich allein zu beurtheilen habe.

Indess Cowley machte ihm in sehr versöhnlichen Formen bemerklich, dass eine Macht, die Mitunterzeichnerin der Verträge sei, welche die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz begründet, ein Recht habe gehört zu

---

[1]) Cfr. Anlage 6.

werden, wenn jene Unabhängigkeit und Neutralität aus irgend welchen Ursachen bedroht sei.

Der Minister ging dann mit grosser Lebhaftigkeit auf die Sache selbst ein und behauptete, es sei keineswegs blos die Flüchtlingsfrage, welche den Schritt Frankreichs veranlasst habe, sondern eine Reihe von Beschwerden *(affronts et griefs)*, welche die feste Absicht des Bundes zeigten, die französische Regierung zu beleidigen und zu ärgern.

Die Schweizer Presse reize das französische Volk auf, zu den Waffen zu greifen, und brauche die verletzendste Sprache gegen den Präsidenten, die Cantonalregierungen seien Treibhäuser der socialistischen Doctrinen und das Verfahren der Bundesregierung sei voll von Ausflüchten und Betrug. Man könne und wolle solches unfreundliche Benehmen, welches nicht durch die Neutralität gedeckt werde, nicht länger von einem Nachbarstaat dulden; die Schweizer Unabhängigkeit dürfe nicht die eigene Sicherheit und Ruhe gefährden.

Der Botschafter machte darauf aufmerksam, dass eine Forderung wie die, dass die Schweizer Regierung jede Person, welche es der französischen Gesandtschaft zu bezeichnen gefalle, ausweisen solle, ein grosser Eingriff in die Unabhängigkeit eines Staates sei; wolle die Schweiz das Frankreich zugestehen, so würden alle anderen Regierungen dasselbe Recht fordern.

Turgot entgegnete hierauf nichts, aber erklärte, da Frankreich einmal die Forderung aufgestellt habe, werde es auch darauf bestehen, zumal die andern Nachbarstaaten gleichmässig dabei interessirt seien, dass die

Schweiz nicht länger der Herd der socialistischen Doctrinen bleibe. Frankreich wünsche übrigens sehr Gewaltmaassregeln zu vermeiden und habe auf die insolente schweizer Antwort noch nicht replicirt, um die Leute in Bern zur Besinnung kommen zu lassen.

Wenn das nicht helfe, so werde man sich mit den andern Nachbarstaaten dahin verständigen, eine polizeiliche und handelspolitische Blokade gegen die Schweiz herzustellen.

Eine derartige hermetische Absperrung betrieb Frankreich in der That und fand die vollste Zustimmung beim Fürsten Schwarzenberg. Bayern aber, zur Mitwirkung aufgefordert, weigerte sich anders als bundesmässig an der Blokade theilzunehmen, und die Einmischung Deutschlands als Bund wünschte Frankreich nicht.

Ausserdem wurde man doch auch in Petersburg und Berlin bedenklich und fürchtete, dass, wenn Frankreich die Sache auf die Spitze treibe und es zum Waffenconflict komme, eine für die Ruhe Europa's gefährliche Verwicklung entstehen könne.

Man wünschte allerdings an beiden Orten nicht weniger als in Wien, eine Restauration der alten Verfassung und verfolgte speciell in Berlin eifrig die Herstellung des *Status quo ante* 1848 für Neuenburg [1]), aber

---

[1]) Anlage 8 giebt in einem vertraulichen Précis eine zusammenfassende Darstellung der Frage, welche bekanntlich in dem Londoner Protokoll vom 24. Mai einen vorläufigen Abschluss fand.

Es heisst, dass kurz nach dem Staatsstreich Napoleon Preussen vorgeschlagen durch eine französisch-preussische Intervention gegen die

man wollte Frankreich nicht übermächtig werden lassen und sah vor allem mit Misstrauen auf seine Intimität mit Oesterreich.

Es ist daher wahrscheinlich, (obwohl uns keine bestimmten Documente darüber vorliegen) dass auch jene beiden Cabinette in Paris beschwichtigend einzuwirken suchten. Jedenfalls stimmte die französische Regierung ihren Ton gegen die Schweiz so erheblich herab, dass als ihre Replik in Bern eintraf, der französische Legationssecretär Mr. Gobineau von seinem Chef nach Paris gesandt ward, um gegen die milde Form derselben Vorstellungen zu machen.

Er musste indess unverrichteter Dinge abziehen, da Napoleon eigenhändig Turgots Entwurf modificirt hatte. Die Schweiz antwortete darauf im versöhnlichen Tone, indem sie zugleich nach Kräften den Beschwerden Rechnung trug und so trat diese Frage, welche einen Augenblick den Frieden ernstlich zu gefährden drohte, in ein ruhigeres Stadium und verlief sich allmälig.

Sardinien mit seiner freien Verfassung und Presse konnte an sich natürlich auch nicht besonders angenehm für das napoleonische Regiment sein, aber es wusste klug jeden speciellen Anstoss zu vermeiden, schloss einen für Frankreich vortheilhaften Handelsvertrag mit demselben ab, becomplimentirte den Präsidenten bei seiner

---

Schweiz auch die Neuenburger Frage zu schlichten, welches Anerbieten jedoch abgelehnt wäre. Nach der Unterzeichnung des Protokolls liess der Präsident den Schweizer Geschäftsträger zu sich kommen und bemerkte ihm, Frankreich habe gegen das Princip nichts einwenden können, von einer praktischen Anwendung aber sei keine Rede.

Anwesenheit in Lyon und hatte schliesslich die Befriedigung, dass der französische Botschafter in London Graf Walewski Lord Granville versicherte, die constitutionelle Regierung in Sardinien sei nach der Meinung des Präsidenten wesentlich für die Sicherheit Frankreichs, indem sie von dessen Grenzen den Einfluss Oesterreichs abhalte.

Die Spanische Regierung hatte den Staatsstreich mit Jubel begrüsst, ward aber bald stutzig, als auch gegen sie verdrüssliche Reclamationen gemacht wurden, speciell eine Forderung von 10 Mill. wegen der Expedition des Herzogs von Angoulème von 1821 mit dem Bemerken, dass man sich statt dessen auch die Abtretung von Port Mahon gefallen lassen würde. Dieser Schritt beunruhigte indess die Mächte weniger, da jene Forderung schon von den verschiedenen französischen Regierungen als Einschüchterungsversuch gebraucht war und Spanien weit ab lag. „*Le Portugal et l'Espagne*", äusserte der Kaiser Nikolaus, „*ce sont les extrémités de l'Europe et leurs souffrances ne présentent pas des dangers réels pour les autres états.*"

Grössere Besorgnisse wurden rege durch die gegen Belgien erhobenen Reclamationen, obwohl dasselbe gesucht hatte, berechtigten Beschwerden der französischen Behörden wegen der Flüchtlinge zuvorzukommen. Als aber nicht nur die Klagen über die zügellose Presse Belgiens sich steigerten, sondern Frankreich auch mit Andeutungen wegen der zu erstattenden Kosten für die Expedition von 1832 herantrat, als es sich bei den handelspolitischen Verhandlungen sehr schroff zeigte, um Bel-

gien wo möglich zur Zolleinigung mit Frankreich zu drängen, welche Napoleon schon früher befürwortet, da musste dem Brüsseler Cabinet die Besorgniss näher treten, es sollten solche Händel fortgesponnen werden, um Frankreich bei passender Gelegenheit den Vorwand zu einem Angriff zu geben.

Die Regierung verstärkte in der Stille die Armeen und die Festungen, war aber vor allem darauf bedacht, sich die Unterstützung der auswärtigen Mächte für einen solchen Fall zu sichern.

Englands glaubte sie sicher zu sein, aber wünschte sich zu vergewissern, in wie weit sie auf Preussen zählen könnte und sandte zu dem Ende Mitte Febr. den Fürsten von Ligne nach Berlin.

Derselbe überbrachte dem König ein vertrauliches Schreiben seines Souveräns, in welchem Leopold I. die Aufmerksamkeit der preussischen Regierung auf die beunruhigende Haltung lenkte, die Frankreich gegen Belgien einnehme.

Der Fürst erhielt zwar keine bindende Zusicherungen, aber Herr von Manteuffel erklärte doch, Preussen werde jeden Angriff auf den Rhein, Belgien, Piemont oder Italien gleichmässig als Herausforderung *(provocation)* zum Kriege ansehen.

Von Berlin begab sich der Fürst von Ligne unter dem Vorwand, seine österreichischen Güter zu besuchen, nach Wien, wo er ähnliche günstige Zusicherungen erhalten zu haben scheint; genauere Nachweise darüber liegen uns indess nicht vor.

Von allen Mächten interessirte sich besonders Eng-

land für die Unabhängigkeit Belgiens, welches in London durch den bei Hofe wie bei beiden Parteien gleich angesehenen Hrn. von de Weyer vertreten war.

Das englische Cabinet suchte dann in Berlin wie in Petersburg eine Verständigung über den Belgien eventuell zu gewährenden Schutz herbeizuführen. Nachdem es von der Antwort, die der Fürst von Ligne empfangen, Kunde erhalten, ward Lord Bloomfield Anfang März beauftragt, den preussischen Ministerpräsidenten über seine Ansichten hinsichtlich des Verhältnisses von Frankreich zu Belgien zu sondiren. Baron Manteuffel bemerkte demselben, die neuesten Nachrichten lauteten beruhigender, der Präsident scheine gegenwärtig keine kriegerischen Absichten zu haben, dennoch mache der König sich keine Illusionen über die drohende Gefahr und sei entschlossen, einen Angriff auf Belgien als eine Kriegserklärung zu betrachten. Die nöthigen Vorkehrungen seien getroffen, um im Falle eines solchen Ereignisses binnen drei Wochen 100,000 Mann und binnen sechs Wochen 300,000 Mann am Rhein zu vereinigen. Lord Bloomfield fragte den Ministerpräsidenten, ob er für solche Eventualität auf die Unterstützung Oesterreichs rechne? Manteuffel meinte, vielleicht nicht im ersten Augenblick, aber Oesterreich werde doch nicht neutral bleiben können, denn wenn Frankreich einmal habe marschiren lassen, so werde es seinen Angriff nicht auf Belgien beschränken können, sondern gleichzeitig Süd-Deutschland und Italien angreifen und so Oesterreich zwingen, activen Antheil am Kampfe zu nehmen.

Der König wünsche lebhaft ein Einverständniss der

drei nordischen Mächte und England über eine gemeinsame Action herbeizuführen, für den Fall, dass Frankreich versuchen sollte, seine Grenzen zu erweitern.

Der Gesandte meinte, England wünsche ohne Zweifel, dass Frankreich nicht den Frieden störe, es anerkenne die Verpflichtung, welche ihm die Verträge auferlegten und werde demgemäss handeln, wenn dieselben verletzt werden sollten, aber es werde kaum geneigt sein, jetzt eine Defensiv- und Offensivallianz einzugehen.

Manteuffel bemerkte, die Unterstützung Englands werde bei jedem Versuch, mit den ehrgeizigen Absichten Napoleons abzurechnen, von grösster Wichtigkeit sein, denn Frankreich fürchte die Macht desselben mehr als die irgend eines andern Landes.

Das blosse Vorhandensein eines Einverständnisses Englands mit den betreffenden Staaten würde den Präsidenten schon abhalten, den Plänen Folge zu geben, mit denen er sich tragen solle.

Bloomfield entgegnete, es scheine ihm eine zweifelhafte Politik, einem verletzlichen Volke, wie die Franzosen, den Handschuh in solcher Weise hinzuwerfen, vorsichtiger würde es sein, wenn die Mächte insgeheim zu einem Einverständniss gegenseitiger Vertheidigung und Erhaltung der „*arrangements territoriaux stipulés par le traité de Vienne*“ kämen.

Schwieriger lag die Sache in Russland, welches bekanntlich keine diplomatischen Beziehungen mit Belgien unterhielt.

England bemühte sich lebhaft, sein gutes Verhältniss zu dem Petersburger Cabinet zu benutzen und einen

Ausgleich herbeizuführen, und Sir Hamilton Seymour erhielt den Auftrag, den Grafen Nesselrode deshalb zu sondiren.

Der Kanzler meinte zunächst, Belgiens Befürchtungen seien wohl etwas übertrieben und namentlich zu laut geäussert, die Mission des Fürsten von Ligne habe zu viel Aufsehen gemacht *(les Belges sont trop châtouilleux)*; er leugnete indess die Gefahr nicht und hielt es zweckmässig, wenn Belgien sich auf jede Eventualität vorbereite, nur sollen alle solche Maassregeln in der Stille getroffen werden, um nicht die Eifersucht seines Nachbarn zu reizen.

Seymour fragte, ob es unter solchen Umständen nicht wichtig sein würde, die diplomatischen Beziehungen Russlands zu Belgien wieder herzustellen, welches durch seine Haltung in den letzten Jahren sich der Sympathie so würdig gezeigt habe und bemerkte, er wisse, dass auch die holländische Regierung die Errichtung einer russischen Gesandtschaft in Brüssel mit Befriedigung als ein Pfand der Erhaltung des Friedens sehen würde.

Nesselrode erwiderte zögernd (offenbar wegen der persönlichen Abneigung des Kaisers), die Frage sei schwierig; es seien noch immer einige Polen in der belgischen Armee, indess habe sich die Lage gebessert und er hoffe, dass in nicht zu ferner Zeit man einen russischen Gesandten in Brüssel beglaubigen werde.

Er richtete dann am 4./16. März eine Depesche an Baron Brunnow, in welcher er sagte, dass die russische Regierung, obwohl sie es noch nicht für angezeigt

halten könne, einen Gesandten in Brüssel zu beglaubigen, doch die Wichtigkeit, Belgien, dessen Unabhängigkeit 1839 durch die Mächte garantirt sei, gegen eine Invasion zu schützen, vollkommen anerkenne.

Sie sei der Ansicht, dass zunächst Belgien, dem Charakter seiner Neutralität entsprechend, sorgfältig vermeiden müsse, Frankreich irgend welche Ursache zu begründeten Klagen zu geben; sollte es in der Hinsicht alle mit seiner Würde und Unabhängigkeit vereinbaren Zugeständnisse gemacht haben und sich doch durch eine Invasion bedroht finden, so würde es sich an die Mächte zu wenden haben, die seine Unabhängigkeit garantirt hätten und welche demgemäss die Frage seines Schutzes zu entscheiden hätten, es sei dringend zu hoffen, dass die Einstimmigkeit der Mächte über diese Frage Frankreich von jedem einseitigen Vorgehen gegen Belgien abhalte und es bewege, seine etwaigen Beschwerden den garantirenden Mächten vorzulegen.

Die englische Regierung stimmte dem vollkommen bei, aber ein solches Verfahren sei noch nicht genügend, um allen Gefahren zu begegnen. Die Lage in Frankreich sei der Art, dass wenn der Präsident sich zu einer Action gegen Belgien genöthigt glaube, er bei seiner Verschlossenheit und Kühnheit im Stande sei, den Schlag zu führen, ohne den garantirenden Mächten Zeit zu geben in der von Russland angedeuteten Weise zu verfahren.

Dieselben müssten für den Fall vorbereitet sein, dass eine Invasion unmittelbar nach einer plötzlichen Kriegserklärung oder selbst ohne eine solche erfolge, und im

Stande sein, sofort die Maassregeln zu verabreden, welche nothwendig werden können, um den Feindseligkeiten Einhalt zu thun. Sollte es zu dem Ende nicht zweckmässig sein, wenn man in der versöhnlichsten Form dem Präsidenten zu verstehen gebe, dass die vier Mächte, welche mit Frankreich den Vertrag vom 19. April 1839 unterzeichnet, fern seien an irgend eine Feindseligkeit gegen Belgien zu glauben, aber dass sie auch einen solchen Akt als einen Bruch des Vertrages ansehen würden und dass jede ernstliche Differenz zwischen Frankreich und Belgien einer Conferenz der Garantiemächte vorgelegt werden müsse?

Wir sind nicht in der Lage zu sagen, wie diese Idee in Petersburg aufgenommen ward und ob irgend ein derartiger Schritt sei es collectiv, sei es von Englang allein in Paris unternommen ist.

Jedenfalls überzeugte sich indess wohl Napoleon, dass ein Angriff auf Belgien eine Coalition der Mächte gegen ihn hervorrufen müsse und zog wie bei der Schweiz mildere Saiten auf, was bald darauf zu Tage trat.

Im Mai nämlich veröffentlichte der bekannte Granier aus Cassagnac in dem officiösen Constitutionnel einen heftigen Artikel gegen das belgische Ministerium, dessen Chef Mr. Rogier er feindseliger Gesinnung gegen die neue Ordnung der Dinge in Frankreich und zu grosser Nachsicht gegen die Excesse der belgischen Presse beschuldigte.

Er läugnete sodann die Vergrösserungsabsichten Frankreichs auf Kosten Belgiens, aber vertrat die Idee eines Zollvereins zwischen Frankreich, Belgien, Holland,

Spanien und Sardinien als Gegengewicht gegen den deutschen Zollverein, zu dem damals Oesterreichs Beitritt in Frage stand. „*Ce serait la réalisation de l'idée gigantesque de l'Empereur sans humiliation des dynasties et sans effacement des nationalités!*" Der Artikel drohte schliesslich, falls Belgien sich solcher freundschaftlichen Einigung widersetze, mit Suspension der commerziellen Verhältnisse.

Die belgischen Zeitungen reclamirten gegen diese Drohungen auf das lebhafteste und stellten in Abrede, dass der fragliche Artikel irgend welche officielle Quelle haben könne. Darauf entgegnete Granier in einem neuen Artikel der mit den Worten schloss: „*Comment a-t-on pu croire que nous, qui avons l'honneur d'approcher le Chef de l'état, nous ayons impliqué le gouvernement dans une affaire si délicate et si grave, sans pressentir d'avance l'intention et la convenance du Chef de l'état?*" Es ward noch hinzugefügt, dass der belgische Gesandte in Paris, wenn er mit dieser Erklärung sich nicht begnüge, die Wahrheit leicht erfahren könne.

Dadurch wurde derselbe fast genöthigt, officiell Erklärungen zu verlangen, welche dann auch sofort in einem Communiqué des Moniteur erfolgten.

Er dementirte den Artikel des Constitutionnel und erinnerte daran, dass der Moniteur allein officielles Organ der Regierung sei; freilich war das Dementi gewunden und warf Hrn. Granier nur vor, dass er sich durch die Anmaassung, die Idee des Staatsoberhauptes wiederzugeben, dem Vorwurf der *infidélité ou d'exagération* ausgesetzt habe. Der Constitutionnel erklärte denn auch

unverhohlen, er könne dies Communiqué nicht annehmen und glaubte selbst nach dem Artikel des Moniteur, dass Hr. Granier vollkommen ermächtigt zu seiner Publication gewesen sei. Dieser fügte hinzu: „*On remarquera que le communiqué du Moniteur ne désavoue en rien la politique que nous croyons dans l'intérêt du gouvernement de suivre vis-à-vis de la Belgique*".

Darauf aber folgte ein erstes Avertissement des Polizei-Ministers und ein zweites (wonach das Blatt jeden Augenblick unterdrückt werden konnte), als Mr. Veron das letzte Wort behalten wollte und bemerkte, sein Irrthum sei um so verzeihlicher, als der Cabinetschef des Prinz-Präsidenten Mr. Mocquart 1000 Exemplare des ersten Artikels zur Verbreitung in Belgien habe holen lassen. Bei dem nächsten Empfang im Elysée kehrte der Präsident dem Mr. Granier, der als Mitglied des Corps législatif Zutritt hatte, in sehr ostensibler Weise den Rücken.

Von da ab war auch die belgische Frage vom Tapet verschwunden und in der auswärtigen Politik ward es stille.

Für den Londoner Vertrag vom Mai 1852 über die dänische Erbfolge zeigte die Regierung im Anfang eine ziemliche Gleichgültigkeit und trat demselben offenbar nur bei, um sich als Grossmacht zu documentiren.

IV.

Während diese Fragen des Verhältnisses Frankreichs zu seinen Nachbarn und die bestehende Ordnung des europäischen Staatensystems die Cabinette beschäftigten, war ein Personalereigniss eingetreten, welches bedeutend auf die Regierungen der Grossmächte einwirkte: der schon berührte englische Ministerwechsel.

Lord Palmerston, welcher seiner eigenmächtigen Anerkennung des Staatsstreichs zum Opfer gefallen war, stürzte bald darauf (24. Febr.) die Verwaltung Lord John Russels, der ihn ausgestossen hatte und zwar eigenthümlicher Weise durch ein anscheinend anti-französisches Mannöver, indem er zu der Bill der Regierung über die Localmiliz ein Amendement stellte, wonach letztere in eine allgemeine Miliz umgewandelt werden solle, was nur gegen die Gefahr eines französischen Angriffs verstanden werden konnte.

An die Stelle Russells trat Lord Derby als Premier, und Lord Malmesbury übernahm das auswärtige Amt.

Der Eintritt eines conservativen Ministeriums erfüllte

die continentalen Grossmächte mit lebhafter Befriedigung.

Was die Beziehungen Englands zu der damals tonangebenden Regierung, nämlich der russischen betraf, so waren sie allerdings schon unter Lord Palmerston sehr befriedigend gewesen.

Nachdem der Schatten, welcher durch die Flüchtlingsfrage auf dieselben gefallen, beseitigt und Lord Bloomfield nach Berlin versetzt war, empfing der Kaiser Nikolaus den neuen Gesandten Sir Hamilton Seymour auf das Zuvorkommendste (Mitte October 1851). Er sprach in den schmeichelhaftesten Ausdrücken von der Königin, ohne welche England schwerlich während der letzten Jahre sich so hätte halten können, wie es gethan, und gab der Hoffnung Ausdruck, dass ein herzliches Einverständniss in allen wesentlichen Punkten zwischen beiden Ländern bestehen werde.

Diese Beziehungen wurden nach dem Staatsstreich wirklich intim. Graf Nesselrode, der von Anfang an die Herstellung des Kaiserreichs als sehr beunruhigend ansah, sprach in den wärmsten Ausdrücken von England und betonte in London die Nothwendigkeit, dass die andern Mächte gegen einen eventuellen Angriff Frankreichs zusammen hielten.

Die Nachwehen der Flüchtlingsfrage machten sich zwar noch hie und da in Klagen geltend, aber als der französische Gesandte in freilich sehr ungeschickter Weise versuchte dies auszubeuten, erfuhr er eine bedeutsame Zurechtweisung. Als nämlich bei der Notification der dem Präsidenten übertragenen Gewalten, die Rede auf

das Treiben der Flüchtlinge in London kam, sagte der General Castelbajac plötzlich: „*Eh bien Sire, puisque tout le mal qui nous arrive, nous vient de Lord Palmerston, il me semble que ce que nous avons de mieux à faire, c'est de nous tous allier contre l'Angleterre.*“

Der Kaiser Nikolaus, betroffen durch diesen plumpen Angriff, erwiderte sofort mit Nachdruck „*Je n'ai pas de sujet de plainte contre le gouvernement Anglais et je désire le maintien des bonnes relations que je n'ai cessé d'avoir avec l'Angleterre.*“

Auch bei späteren Gelegenheiten zeigte sich Graf Nesselrode sehr beflissen, das beste Vernehmen zu erhalten und über abweichende Ansichten wegzusehen, um so mehr als die Wärme des Fürsten Schwarzenberg für den Staatsstreich, augenblicklich die Beziehungen zwischen Wien und Petersburg kühler gestaltet hatte. Der Kanzler nahm z. B. die Vorstellungen welche England gegen die verkehrte Idee des Kaisers machte, Napoleon auf einen bestimmten Termin anzuerkennen, wohlwollend entgegen.

Diese Intimität konnte durch Lord Derby's Eintritt nur vermehrt werden, zumal Malmesbury sich, obwohl mit Napoleon persönlich befreundet, keineswegs ihm zu Diensten zeigte.

Dass der Eintritt des neuen Cabinets übrigens auch in Paris gern gesehen ward, wurde schon früher bemerkt.

Mit besonderer Befriedigung wurde das Ereigniss in Wien begrüsst, wo die Erbitterung gegen Palmerston am grössten war.

Schwarzenberg hatte schon an sich, seitdem ihn in

seiner Jugend galante Abenteuer genöthigt, England zu verlassen, gegen dasselbe einen Groll behalten, der durch die Rolle, welche Palmerston in Italien und im Orient gespielt, sehr gesteigert war; die Befreiung Kossuth's durch englischen Einfluss und die Erklärungen der Flüchtlinge in *Tree Masous Tavern* gegen Oesterreich bildeten den Gegenstand steter gereizter Klagen des Fürsten gegen die auswärtigen Gesandten.

Von den Tories glaubte er mehr Sympathie und Zuvorkommenheit erwarten zu können und er suchte gleich nach ihrem Eintritte die Anknüpfung eines intimen Einverständnisses.

Am 5. März 1852 richtete er zwei Depeschen an den österreichischen Gesandten in London, Grafen Buol, die dazu führen sollten.

Die erste [1]) enthielt ein Lob der Rede, in welcher Lord Derby seine Politik gezeichnet, die zweite [2]) suchte den Wunsch besserer Beziehungen durch eine Berufung an den früheren gemeinsamen Kampf gegen den Geist der Revolution und Eroberung zu begründen, contrastirte damit die Ermuthigung, welche in neuester Zeit alle Revolutionäre bei England gefunden und wies auf die Gefahren hin, die der noch nicht völlig besiegte Geist des Umsturzes allen Staaten bringen könne.

Diese Appellation an die gemeinsamen antinapoleonischen Kämpfe machte sich etwas wunderlich bei einem Minister, welcher dem napoleonischen Staatsstreich so warm entgegengekommen war, so dass gerade die

---

[1]) Cfr. Anlage 7.
[2]) Cfr. Anlage 8.

Beziehungen Oesterreichs zu Frankreich Gegenstand ernster Besorgnisse für die andern Mächte geworden.

Herr von Bismarck, der bekanntlich in Frankfurt rasch von seiner Vorliebe für Oesterreich zurückgekommen war, behauptete sogar Beweise zu haben, dass das Wiener Cabinet Frankreich zum Vorgehen gegen die Schweiz, Belgien und Sardinien anstachle, dass es im Bunde mit Frankreich Preussen überrennen wolle, ehe eine russische Armee demselben zu Hülfe kommen könne.

Es ist fraglich ob diese Befürchtungen, welche nach Hrn. v. Bismarck's Aussage von dem russischen Gesandten in Wien Baron Meyendorff getheilt wurden, nicht übertrieben waren, jedenfalls aber waren die Beziehungen des österreichischen Gesandten in Paris mit dem Elysée so vertraut, dass die Vertreter anderer Mächte sich darüber bei Schwarzenberg beklagten, der Hrn. Hübner auffordern musste, seinen Eifer zu mässigen.

Lord Malmersbury durfte also etwas überrascht durch den plötzlichen Umschwung sein, welchen die Schwarzenberg'schen Depeschen zu zeigen schienen, und denen der alte Metternich in einem Brief an Lord Aberdeen voll weitschweifigen [1]) Galimatias secundirte.

Der englische Minister antwortete nicht ohne Geschick auf die beiden österreichischen Depeschen in zwei Noten an Graf Buol.

Die erste [2]) enthielt wesentlich nur eine Versicherung der freundschaftlichsten Gesinnungen und versprach

---

[1]) Cfr. Anlage. 9.
[2]) Cfr. Anlage 10.

Zügelung der Flüchtlinge, soweit dies nach Gesetz und Verfassung möglich, betonte aber dabei schon die Heiligkeit des politischen Asylrechtes. Die zweite [1]) bezeichnete die Kämpfe zu Anfang des Jahrhunderts nur als ein Ringen um die Freiheiten Europa's und die Unabhängigkeit der Nationen, bezweifelte, dass Frankreich den Versuch diese zu unterdrücken erneuern könne und betonte dagegen die Unabhängigkeit der Staaten in ihren innern Angelegenheiten, sowie das Nichtinterventionsprincip in dieser Hinsicht, welches auch die Form der Regierung sei.

Lord Malmesbury sprach dabei die Ueberzeugung aus, dass Oesterreich, welches die innere Reconstruction seines mächtigen Reiches unternommen, dringend wünschen müsse, sich ungetheilt dieser grossen Arbeit widmen zu können und nichts für so nachtheilig halten werde, als in Angelegenheiten verwickelt zu werden, welche sich auf innere Fragen anderer Länder bezögen.

Im Grunde war die Antwort eine Zurechtweisung in der freundlichsten und unangreifbarsten Form, die Oesterreich sich durch seine unklugen Interventionsgelüste nach verschiedenen Richtungen hin zugezogen hatte.

---

[1]) Cfr. Anlage 11.

V.

Die neue Ordnung der Dinge in Frankreich hatte sich inzwischen rasch befestigt und machte die pessimistischen Auffassungen ihrer Gegner, welche ihr einen schleunigen Zusammensturz prophezeiten, zu Schanden.

Die grosse Masse des Volkes verlangte aber nur eine kräftige Verwaltung und warf sich unter ihrem Schutze mit ganzer Energie auf die Ausbeutung der so lange leidenden materiellen Interessen. Eine Reihe neuer Eisenbahnlinien ward in Angriff genommen; Creditinstitute wurden gegründet; die Fabriken hatten reichliche Arbeit; das Börsenspiel blühte und die Conversion der Rente, welche unter der Julimonarchie vielleicht eine Revolution verursacht hätte, erregte kaum ein leises Murren. Ein Präfect schloss seine Rede bei der Schulinspection mit den Worten: „*la France naguère menacée, aujourd' hui calme et prospère peut dire avec autant de raison que d'orgueil: Deus nobis haec otia fecit*", was der Moniteur als „*allusion fine et délicate*" bezeichnete.

So stark war das Bedürfniss der Ruhe, dass selbst

die Confiscation der Orléanischen Güter nur einen augenblicklichen Anstoss erregte. Persigny trat an Morny's Stelle. Bei dem angestrengten Process der Interessirten erhob die Regierung den Competenzconflict und machte schliesslich die Concession, den Antheil der eingezogenen Güter, der aus der Erbschaft von Mme. Adelaide und den nach der Thronbesteigung Louis Philipp's geschehenen Ankäufen bestand, auszuscheiden. Damit war die Sache abgethan.

Die neue Verfassung, welche die Willkürherrschaft des Staatsoberhauptes mit der Volkssouveränetät zu dem Princip der populären Tyrannis des Cäsarismus zusammenschmiedete, begegnete so wenig Widerspruch, als die Errichtung des Polizeiministeriums, die Auflösung der Nationalgarde, das drakonische Pressgesetz und das Decret über die Reorganisation des öffentlichen Schulunterrichts, welches im clericalen Sinne die Unabsetzbarkeit des Lehrers beseitigte. „*Le pays semble avoir donné sa dimission de la politique*", bemerkte das Journal des Débats.

Die Wahlen gaben bei der allgemeinen politischen Apathie der Regierung eine unbedingt ergebene Kammer; die wenigen Oppositionscandidaten wurden durch die Weigerung den Eid auf die Verfassung zu leisten, beseitigt. „*Tout candidat qui n'est pas avec le gouvernement est contre Louis Napoléon, et quiconque est contre Louis Napoléon est contre la société*", hies es in der Patrie und in dem Sinne waren auch die Circulare der Präfecten abgefasst.

Im Juni wurde dann auch die Zusammensetzung der *conseils d'arrondissement* modificirt und der Regie-

rung das Recht gegeben, die Präsidenten und Secretäre derselben zu ernennen, ebenso die *Maires*, welche nicht einmal Mitglieder des betreffenden *Conseils* zu sein brauchten.

Dem Drängen auf Wiederherstellung des kaiserlichen Titels setzte Napoleon noch verclausulirte Ablehnung entgegen.

Bei der Eröffnung des *Corps législatif* wies er darauf hin, dass nur eine „offenbare Nothwendigkeit“ zur Annahme dieses „*titre pompeux*“ führen könne. Jene Nothwendigkeit würde eintreten, wenn die Parteien durch ihre Angriffe die Grundlagen der Regierung zu untergraben suchten, in diesem Falle könne es angezeigt sein im Namen der Ruhe Frankreichs vom Volke einen neuen Titel zu fordern, „*qui fixâ irrévocablement sur ma tête le pouvoir dont il m'a revêtu.*“

In seiner Ansprache an die Magistratur (12. April) bemerkte der Prinz-Präsident (so war die officielle Bezeichnung jetzt, wozu die *Altesse impériale* hinzugefügt ward) dass er schon durch das die erbliche Kaiserwürde einführende Plebiscit von 1804 als *héritier de l'empire* bezeichnet sei.

Im Herbste fand dann die grosse Reise des Präsidenten in den Süden statt, auf der er mit dem höchsten Enthusiasmus aufgenommen und einmüthig zur Herstellung des Kaiserreichs aufgefordert ward. Nach seiner Rückkehr ward das Volk in die Comitien berufen; 8 Millionen gegen 253,000 Stimmen erklärten sich für das Kaiserthum, welches am 2. Decbr. 1852 proclamirt ward.

VI.

Die Grossmächte hatten bis Ende d. J. dem unvermeidlich herankommenden Ereigniss unthätig zugesehen. Der Vertrag, den sie nach dem Morning Chronicle am 20. Mai in Voraussicht desselben abgeschlossen haben sollten, erwies sich als apokryph. Der Präsident suchte inzwischen durch beruhigende Versicherungen über seine friedlichen Absichten den Befürchtungen vorzubauen und beauftragte namentlich seinen Gesandten in Petersburg auseinanderzusetzen, dass die kaiserliche Monarchie nothwendig sei, um der Sache der Ordnung Dauer zu verleihen. Den übrigen Mächten müsse es selbst erwünscht sein, wenn die oberste Gewalt in Frankreich auf dasselbe Princip begründet werde, auf der ihre eigene Regierung ruhe. Darauf antwortete Graf Nesselrode im November durch eine vertrauliche Depesche an Kisseleff [1]), welche die ganze Frage einer scharfen Kritik unterwarf. Er wies die

---

[1]) Cfr. Anlage 12.

Unterstellung zurück, als ob das neue Kaiserreich und die Souveränetät der anderen Grossmächte auf derselben Grundlage ruhten, Wahl und Erblichkeit schlössen sich vielmehr aus, indess das sei eine innere französische Frage; aber die Chiffre III sei im Widerspruch mit der Geschichte und ein Dementi der russischen Politik.

Kisseleff sandte diese Depesche an Drouin de Lhuys, der inzwischen das auswärtige Ministerium übernommen, zur vertraulichen Kenntnissnahme. Derselbe schickte sie nach einigen Tagen mit einem Billet zurück, in welchem er für die Mittheilung dankte, die er als ganz vertraulich betrachte, so dass Niemand ausser ihm, selbst der Kaiser nicht, dies Aktenstück gelesen habe. Im Uebrigen wolle er nur bemerken, dass Austausch von Erklärungen und Bemerkungen zwischen befreundeten Regierungen zwar ganz zweckmässig für schwebende Fragen sei, dass er aber keine Discussion über eine vollendete Thatsache annehmen könne und dass er demgemäss über Graf Nesselrode's Depesche nichts weiter zu sagen habe, als die Eleganz des Styls zu bewundern.

Diese lakonische Antwort rief eine etwas gereizte Replik Kisseleff's hervor, in der er sich gegen Drouin's Theorie verwahrte, dass vollendete Thatsachen von der diplomatischen Discussion ausgeschlossen seien, aber auch bemerkte, dass dies Argument nicht einmal auf den vorliegenden Fall angewandt werden könne, da das Kaiserreich noch Project war *(était encore à l'état de projet)*, als General Castelbajac seine Eröffnungen gemacht und die russische Regierung darauf geantwortet. Es sei mehr als Eleganz des Styls (auf welche

man in Petersburg keinen besonderen Anspruch mache) was an Graf Nesselrode's Depesche zu bewundern sei, nämlich der aufrichtige Wunsch, durch Austausch offener Erklärungen jeden Grund zu Missverständnissen zwischen beiden Regierungen zu vermeiden.

An sich hatte die russische Regierung in ihrer Kritik gewiss Recht, aber wenn sie entschlossen war, schliesslich doch Napoleon III. anzuerkennen, wozu ihn dann erst durch eine derartige Lectüre verletzen? Wenn man die Anerkennung als eine Niederlage der Legitimität empfand, warum die Demüthigung durch ohnmächtige Klagen verstärken? Der Vertrag vom 20. Nov. 1815 war doch schon bei Seite geschoben, denn er schloss, wie Fürst Schwarzenberg in seiner Denkschrift vom 29. Dec. 1851 ganz richtig bemerkte, die Napoleoniden nicht blos vom Throne, sondern von der obersten Gewalt in Frankreich aus; die oberste Gewalt aber hatte Napoleon mit dem Staatsstreich und der Verfassung von 1852 unzweifelhaft an sich gerissen; damals indess dachte man nicht daran, jene Ausschliessung geltend zu machen, sondern beglückwünschte den neuen Machthaber über das vollbrachte Werk. Wie wollte man nun, da es sich um die Anerkennung des erblichen Kaisertitels handelte, diese demselben Manne verweigern, den man als unumschränktes Staatsoberhaupt mit Jubel begrüsst hatte? Nicht dass, sondern wie das Kaiserthum proclamirt ward, war die Frage, auf die alles ankam.

Das Moment der Wahl trat dabei offenbar ganz zurück gegen das behauptete Erbrecht, das Plebiscit

diente nur dazu, dem dynastischen Princip eine breitere Unterlage zu geben im Gegensatz zu der bourbonischen Legitimität, welche sich als unabhängig vom Volkswillen hinstellte.

Indem Napoleon sich als der dritte bezeichnete, nahm er consequenter Weise auch die Grenzen in Anspruch, auf welche sein Oheim nie verzichtet.

Es kam also allein darauf an, sich gegen diese Consequenzen einer Anerkennung zu sichern und von diesem Gesichtspunkt betrachtete die englische Regierung auch offenbar die Frage, als sie die drei übrigen Grossmächte zu einer Verständigung einlud, welche in einem geheimen Protokoll der vier Mächte am 3. Decbr.[1]) formulirt ward.

Oesterreich, Grossbrittanien, Preussen und Russland erklärten dadurch, dass sie mit Frankreich Freundschaft halten wollten, dass die Bestimmungen von 1815 nicht mehr anwendbar seien, dass sie deshalb das Kaiserreich anerkennen würden, dass sie aber über die Erhaltung des territorialen *Status quo* wachen wollten.

England bat sich darauf in Paris Erklärungen über die Bedeutung des proclamirten Kaiserreichs aus und wies dabei darauf hin, dass es schon bei dem Austausch der Ratificationsurkunden des Allianzvertrags vom 25. März 1815 erklärt habe „*que les devoirs que lui impose l'intérêt de ses sujets, ainsi que les principes qui la guident, ne lui permettraient pas de prendre l'engagement de poursuivre la guerre dans l'intention d'imposer un gouvernement à la France.*“

---

[1]) Cfr. Anlage 13.

Die gewünschten Erklärungen wurden in der unumwundensten und beruhigendsten Weise gegeben und bereits am 6. Decbr. erfolgte die Anerkennung Englands.

Der neapolitanische Gesandte Marquis Antonini hatte schon unmittelbar nach der Proclamation des Kaiserreichs um eine Audienz zur Ueberreichung seiner neuen Creditive gebeten, welche also *anticipando* für die Eventualität ausgefertigt sein mussten: Spanien, Belgien, Holland, Dänemark u. A. folgten rasch.

Um so mehr Bitterkeit erregte es, dass die nordischen Grossmächte und demzufolge die meisten deutschen Regierungen den ganzen December hindurch mit der Anerkennung zögerten und sich unter einander berathen zu müssen erklärten; die französischen Vertreter an den betreffenden Höfen geriethen dadurch in eine sehr peinliche Lage; Ende November hatte die österreichische Regierung ein Circular an ihre Gesandten bei den grösseren deutschen Höfen erlassen, in welchem gesagt war, sie anerkenne in vollstem Maasse die Verdienste Louis Napoleons um die Sache der Ordnung und Autorität, alle Wünsche des Kaisers seien auch darauf gerichtet, den allgemeinen Krieg, wenn es sein könne, zu vermeiden und die bestehenden europäischen Verträge, sowie die durch dieselben festgestellten Grenzen aufrecht zu erhalten.

In beiden Beziehungen hoffe das Kaiserl. Cabinet, den Ansichten des Prinz-Präsidenten zu begegnen, sowie es hierin auf die vollständigste Uebereinstimmung mit den Höfen von Berlin und Petersburg rechnen könne.

Mit diesen beiden ihm so eng verbundenen Mächten beabsichtige sodann Oesterreich, eventuell die gemeinschaftliche Haltung gegen den neuen Kaiser der Franzosen festzusetzen.

Bis aber über diese Haltung eine völlig übereinstimmende Entschliessung von den drei Höfen erzielt sei, solle der Vertreter Oesterreichs auf seinem Posten bleiben, und wenn das Kaiserreich proclamirt werde, bis auf Weiteres die gesandtschaftlichen Geschäfte nach denjenigen Formen versehen, welche hergebracht seien, wenn die Vollmachten eines diplomatischen Agenten durch einen Regierungswechsel erlöschen.

Es sei sehr zu wünschen, dass die Vertreter sämmtlicher deutscher Staaten in Paris eine gleiche Haltung annähmen.

Nach der Notification über die Herstellung des Kaiserreichs an das diplomatische Corps erliess der österreichische Gesandte in Paris, Hr. Hübner, eine Mittheilung an seine deutschen Collegen, in welcher er den Wunsch aussprach, dass die erwidernden Empfangsanzeigen identisch in denselben Ausdrücken abgefasst sein möchten, um dadurch indirect ein festes Zusammenhalten an den Tag zu legen.

Er nahm es sehr übel, als einige Gesandte ein derartiges Verfahren als unpassend und kleinlich ablehnten.

Gleichzeitig betonten die nordischen Grossmächte in ziemlich demonstrativer Weise ihr enges Einverständniss.

Nachdem im Frühjahr der Kaiser von Russland nach Berlin gekommen war, wo er mit dem grössten

Enthusiasmus empfangen wurde, traf Mitte December der Kaiser von Oesterreich zum Besuch am preussischen Hofe ein. Bei jeder Gelegenheit sprach er seinen Wunsch aus, dass sich die Beziehungen beider Regierungen herzlich gestalten möchten und brachte bei einem militärischen Hofdiner die Gesundheit des „gemeinschaftlichen Freundes und Verbündeten des Kaisers von Russland“ aus.

Bei den starken Differenzen, welche gerade damals zwischen Oesterreich und Preussen namentlich wegen der Zollvereinsfrage noch bestanden und die bald nach der Abreise des Kaisers sich auf's Neue in der dem Berliner Cabinet sehr unerwünschten Ernennung des Baron Prokesch zum Bundespräsidialgesandten kund gaben, konnte man derartige Vorgänge nur als bedeutsames Avertissement gegen Frankreich ansehen und es war nicht zu verwundern, dass in Paris eine ziemlich gereizte Stimmung über die Haltung der drei Mächte entstand.

Ende December kam es darüber zu einer ziemlich lebhaften Auseinandersetzung zwischen Drouin de Lhuys und Hübner.

Der Minister warf ihm das Zögern seiner Regierung vor und contrastirte damit die offene, loyale Haltung Englands.

Dasselbe sei der unversöhnlichste Gegner Napoleons I. gewesen, aber mit dem Kriege habe auch seine Feindschaft geendet und nie habe es versucht, sich in Frankreichs innere Angelegenheiten zu mischen, vielmehr jede Regierung anerkannt, welche die Nation sich gegeben.

Als Hübner darauf etwas ironisch sich über die plötzliche Freundschaft für England gewundert, antwortete Drouin, es sei keineswegs erstaunlich, wenn Frankreich Hochachtung für eine Regierung zeige, welche zwar nie besondere Betheuerungen von Freundschaft gemacht, aber als Freund gehandelt habe. Im Gegensatz dazu sei Oesterreichs Benehmen gegen Frankreich höchst unzuverlässig gewesen, während des Kaiserreichs habe es bald auf dessen Seite, bald gegen dasselbe gestanden, Napoleon eine Erzherzogin zur Gemahlin gegeben und dann ihn stürzen helfen.

Ebenso habe man jetzt in Wien die höchste Bewunderung für Napoleon als Retter der Gesellschaft und Europa's kundgegeben und da Frankreich seinen Wohlthäter auf den Thron berufen, zögere man mit der Anerkennung. Der entschuldigende Einwand Hübner's, Oesterreich müsse sich mit seinen Alliirten benehmen, verbesserte die Laune des Ministers nicht. „*Vous avez dont des alliés, à l'exclusion de la France?*“ rief er, „*mais prenez garde comment vous invoquez ce mot! Souvenez-vous, que c'était une combinaison s'appellant les Alliés, que nous a imposé les traités de* 1815.

Sie glauben, dass diese Verträge durch die Proclamation des Kaiserreichs gefährdet sind? Ich möchte glauben, dass sie unter den früheren Regierungen weit mehr bedroht waren.

Was führte die Armeen von Ludwig XVIII., Karl X., Louis Philipps nach Spanien, Griechenland, Algerien und Italien? Die Nothwendigkeit, die sie

fühlten, Frankreich die auswärtige Demüthigung vergessen zu machen.

Aber jetzt, wo das Volk einen Bonaparte auf den Thron gesetzt hat, ist es befriedigt, es hat seine Unabhängigkeit gezeigt und wünscht nicht weiter zu gehen.

Können wir besser zeigen, dass wir das Vergangene zu vergessen wünschen, als indem der Kaiser seinem Vertreter befahl, der Leichenfeier des Mannes beizuwohnen, dessen militärisches Talent Frankreich die grössten Niederlagen beigebracht?"

Diese letzte Bemerkung war um so bedeutsamer, als Oesterreich die einzige Macht war, welche bei Wellingtons Leichenfeier nicht vertreten war. Und ebenso bedeutsam für die Haltung Englands war der Umstand dass als der König von Preussen die Absicht kund gab, zu der Feier eine zahlreiche militärische Gesandtschaft zu schicken, das englische Cabinet bat, hiervon abzustehen, da Frankreich hierin eine verletzende Demonstration erblicken könne.

Ueber die Zögerung der deutschen Mittelstaaten das Kaiserreich anzuerkennen, äusserte man sich französischerseits ebenfalls ziemlich bitter. Man gab zu verstehen, dass die Art wie sie sich von den Grossmächten hätten behandeln lassen, wenig Achtung vor ihrer Selbständigkeit einflösse. Oesterreich und Preussen hätten denselben, ohne sie um ihre Ansicht zu befragen, förmlich vorgeschrieben, wie sie sich zu verhalten hätten, so dass man in Paris fragen könne, ob solche Regierungen wirklich noch als unabhängig zu betrachten seien.

Erst Ende December waren die drei Mächte mit ihren Berathungen zu Ende gekommen, obwohl man an dem Resultat nicht sieht, wozu so lange Zeit nöthig war [1]).

Anfang 1853 hatte sich die Stellung der fünf Mächte zu einander mehrfach verschoben.

Das Verhältniss Frankreichs zu England war weit besser, das zu Oesterreich und Russland weit weniger gut geworden, die drei nordischen Mächte standen wieder eng vereinigt.

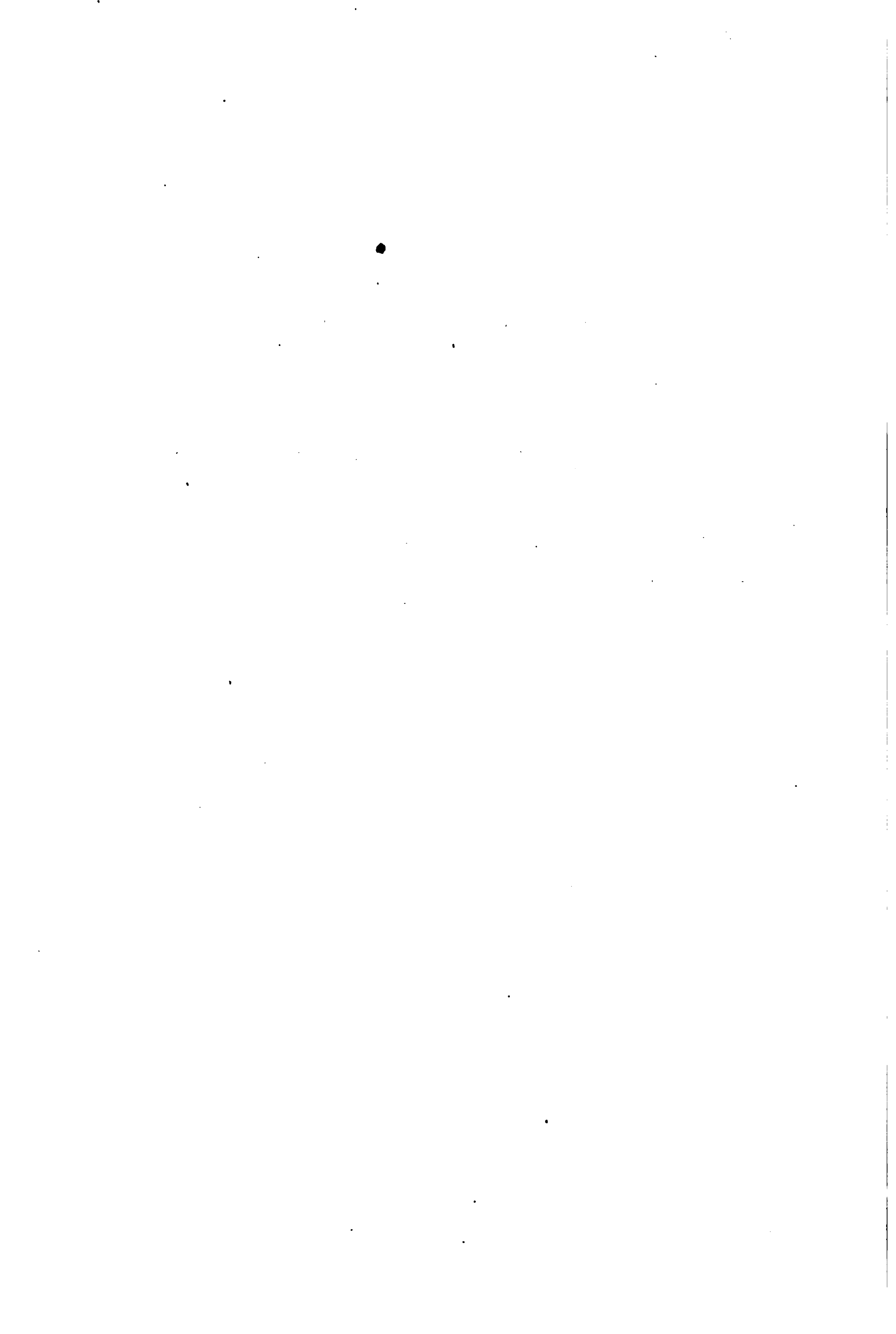
Der preussische Gesandte in London bemühte sich vergeblich, England zu einem besonderen Bündniss zu bewegen.

Die englischen Minister erklärten ihm, sie würden für die Aufrechthaltung der Verträge einstehen, ihre Garantiepflichten erfüllen, könnten sich aber darüber hinaus nicht binden, ihre Politik müsse sich nach den Umständen richten [2]).

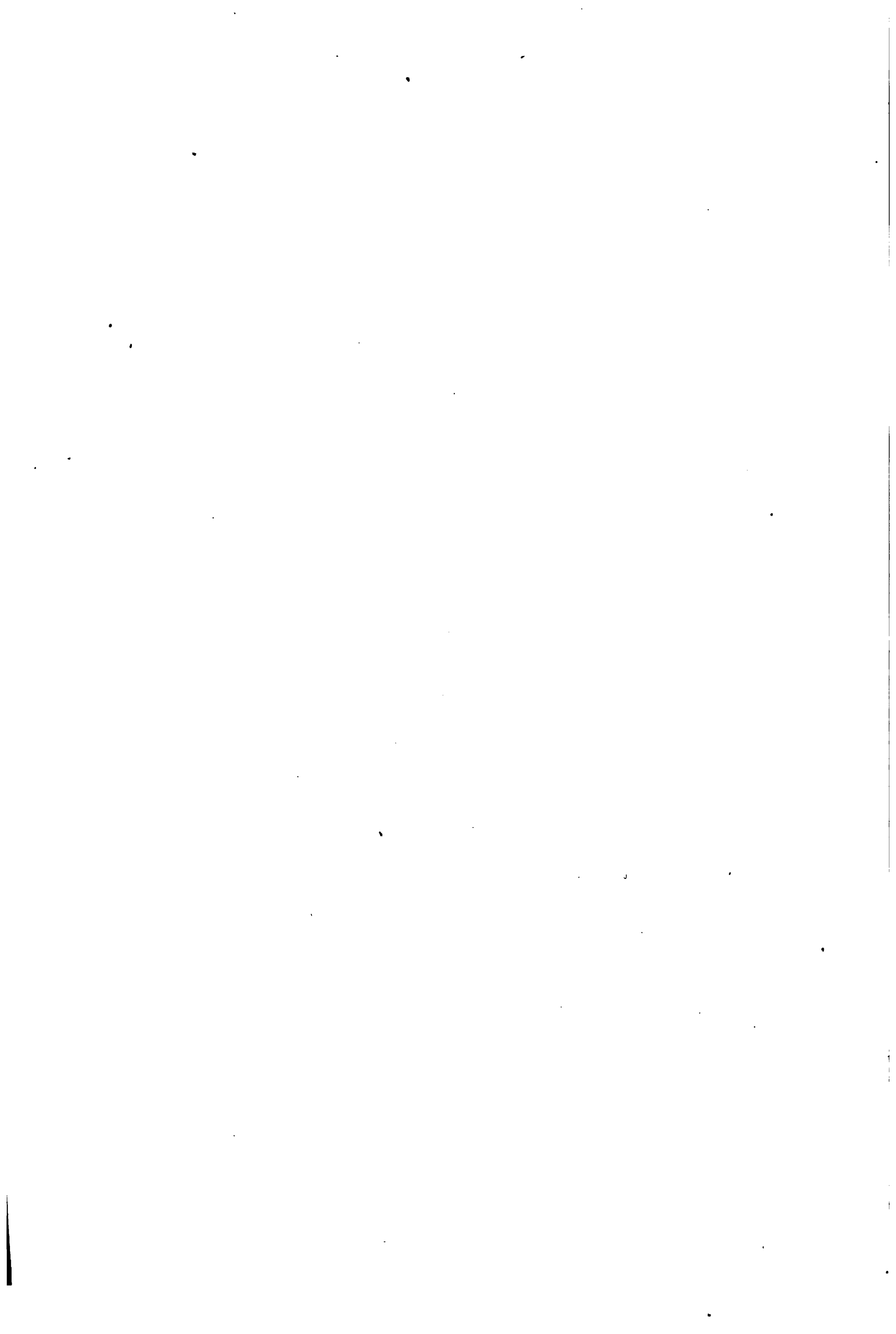
So war die Lage Europa's, als im Osten die ersten Wolken aufstiegen, welche sich bald zu einem gewaltigen Gewitter sammeln sollten.

---

[1]) Cfr. Anlagen 14—16.
[2]) Cfr. Anlage 17.



ANLAGEN.



I.

Baron Brunnow to Lord John Russell.

Chesham House, 27. Decbr. 1851.
Private.

In consequence of our last conversation I explained to Count Buol the reason, which will necessarily delay the reply to our communication on the subject of foreign refugees. — We find no inconveniance whatever in such a delay and we agree to it with the more readiness, as we feel assured, that the answer we have to expect, will be a friendly one.

Some allusion having been made by the newspapers to our communications, as if connected with the circumstances, which have led to Lord Palmerstons retiring from office, we think it due to you, as well as to ourselves, to state distinctly here and abroad, that our representations have had nothing to do with the Change, which has taken place at the foreign office.

I have communicated on the same subject with the Prussian Minister and he has given cordially his consent to our decision, which we have carried into effect, by our verbal explanations to the other foreign Ministers, who might have been induced to form

a similar impression. We shall take care to correct it on every proper occasion.

In conclusion I beg to assure you, that my colleagues as well as myself, we all agree upon the necessity to act under present circumstances in such a manner as to evince towards you our earnest desire to remove difficulties and avoid — as much as depends upon us — whatever may render more arduous your task, which you have so nobly undertaken, with the view of reestablishing a thorough good understanding with all the great powers.

I have had a conversation on the same subject with the French Ambassador, who entertains in this respect the same views as Count Buol, Mr. Bunsen and myself. etc.

Lord John Russell to Baron Brunnow.

Downing Street, Dec. 27. 1851.

My dear Baron Brunnow!

I am very much obliged to you for your letter. The answer as to the refugees must be delayed a short time, it will be in a friendly spirit, but will not propose any change in our laws.

I am particularly obliged to you for contradicting any surmise, that the Change in the foreign Office is owing to any representations of the foreign Ministers. It has taken place entirely on grounds connected with the dignity of the crown and the character of this country. I feel quite sure that Lord Granville will be ready to meet in a cordial spirit the very friendly intentions of your colleagues and yourself. &c.

II.

Memorandum der Königin von England an Lord Palmerston.

The Queen requires, first, that Lord Palmerston will distinctly state what he proposes in a given case, in order that the Queen may know as distinctly to what she is giving her royal sanction.

Secondly, having once given her sanction to such a measure, that it be not arbitrarily altered or modified by the minister.

Such an act, she must consider as failing in sincerity towards the Crown and justly to be visited by the exercise of her constitutional right of dismissing that minister. She expects to be kept informed of what passes between him and foreign ministers before important decisions are taken based upon that intercourse, to receive the foreign dispatches in good time; and to have drafts for her approval sent to her in sufficient time to make herself acquainted with their contents before they must be sent off.

III.

Denkschrift des Fürsten Schwarzenberg.

Memoire.

Louis Napoléon ayant pris l'exemple de son oncle pour guide de ses actions, il est plus que probable que le rétablissement de l'Empire se trouve au bout de ses désirs et de son ambition. Nous devons même admettre que, pressé d'y parvenir, il tâchera de profiter de l'enthousiasme qu'a excité son entreprise hardie dans une partie de la nation et de la surprise dont est saisi le reste. La moitié de la France est en état de siège, la presse est enchaînée, les hommes marquants dont l'opposition était redoutable au Président, sont en grande partie ou en prison ou en exil; le parti socialiste est écrasé, celui des légitimistes intimidé. Cette situation est par trop tentante pour ne pas encourager Louis Napoléon à hâter l'exécution de ses projets. — En effet d'aussi heureuses conjonctures le favoriseront difficilement une seconde fois.

Pour ne pas être pris au dépourvu, nous nous sommes posé la question de l'attitude que nous aurons à prendre dans l'éventualité où Louis Napoléon se déclarerait Empereur, ou que ce

titre lui fût décerné par la nation. — Nous avons d'abord reconnu, que ce qu'il y avait de plus important et de plus urgent à faire c'était de concerter et d'amener entre les Cours de Vienne, de St. Pétersbourg et de Berlin une parfaite uniformité du langage et de la conduite qu'elles tiendraient envers Louis Napoléon.

Cette uniformité imprimera à la politique que ces Cours adopteront, le caractère d'une résolution spontanée et bien pondérée — Elle servira d'utile avertissement au Gouvt. français et le retiendra dans les limites de la modération sous peine d'avoir pour adversaires les principales Cours du continent.

L'exemple de ces Cours entraînera la Confédération Germanique et les Gouvernements d'Italie, de sorte que nous aurons lieu d'espérer de voir tous les Etats sur lesquels il nous importe de pouvoir compter, suivre avec nous le même système politique.

Après la révolution de l'année 1848, *la République française n'a fait aucune démarche auprès des Cours étrangères pour se faire reconnaître par elles; le nouveau Gouvernement a attendu que ces cours le reconnussent par le fait, en entretenant auprès de lui des agents, qui traitassent d'affaires avec les Ministres de la République.*

Soit que Louis Napoléon s'en tienne à ce précédent, soit qu'il notifie formellement son nouveau titre aux Gouvernements étrangers, la question que ceux-ci auront à résoudre restera toujours la même.

Cette question peut être jugée d'après les dispositions des traités et du droit des gens positif, ou bien elle peut être examinée d'après les principes du droit des gens naturel et sous le rapport des convenances. Envisagée sous le premier point de vue, qui est le plus important la question paraît être décidée d'avance par l'article 2 *du traité d'alliance conclu à Paris le* 20 *Nov.* 1815 *par l'Autriche, la Grande Bretagne, la Prusse et la Russie.*

Cet article a imposé aux Puissances contractantes l'obligation de maintenir en pleine vigueur et, s'il était nécessaire de toutes leurs forces, l'exclusion à perpétuité de Napoléon Bonaparte et de sa famille du pouvoir suprême en France. — Nul doute, que si les Puissances alliées regardent ce traité comme étant encore aujourd'hui obligatoire à la lettre, elles ne pourront jamais reconnaître Louis Napoléon, comme Empereur. D'un autre côté les traités de l'année 1815 *ont formé jusqu' ici la base de leur politique, et ils étaient à leurs yeux la meilleure garantie de la paix. — Ce ne sera donc qu'après mûre réflexion et avec les précautions requises, que les cours alliées pourront se résoudre à faire abstraction du traité du* 20 *Novembre* 1815.

Mais examinons impartialement le véritable but et la tendance principale de cet acte et voyons, si tout en s'éloignant de la lettre, il ne serait pas possible de rester dans l'esprit du traité.

L'alliance du 20 *Novembre* 1815 *avait un but éminemment salutaire, celui de consolider et de garantir la paix, qui venait d'être conquise par les généreux efforts des alliés. Les dispositions spéciales du Traité étaient calquées sur les circonstances et la situation d'alors. A l'époque indiquée les Puissances alliées regardaient avec raison les Napoléonides comme les perturbateurs les plus implacables et comme les ennemis les plus dangereux de la tranquillité de l'Europe. Le rétablissement des Bourbons et leur maintien sur le trône de France leur apparaissait par contre, comme l'ancre de salut et comme le meilleur gage de repos de ce pays et de la paix générale. De là le ban lancé contre les Napoléonides et les efforts pour consolider le règne des Bourbons, qui à cette époque n'avaient pas d'autres riveaux aussi dangereux.*

Aujourd'hui les rôles sont autrement distribués. Nous ne nous livrons pas à l'illusion de compter sur une longue durée et sur l'affermissement de la tranquillité d'un pays où la révo-

lution est en permanence et au milieu d'une nation dont le signe caractéristique est le mouvement. Mais pour le temps qui court et pour le prochain avenir nous croyons pouvoir regarder Louis Napoléon comme le meilleur, comme le seul soutien de l'ordre en France.

Les Bourbons, par contre s'ils prétendaient ressaisir les rênes du Gouvernement, devraient commencer par tout bouleverser et rouvriraient sur la France la boîte de Pandore. Leur penchant pour le système constitutionel nous inspirerait des craintes pour l'avenir, tandis que les tendances monarchiques de Louis Napoléon sont pour nous des motifs de confiance, quelque soit d'ailleurs l'origine de son autorité et l'usage arbitraire qu'il en fait. Nous osons donc soutenir, que les Souverains d'Autriche, de Russie et de Prusse, seront justifiés devant leur propre conscience et devant les autres Souverains, en prenant pour boussole de leur politique non la lettre, mais bien l'esprit du traité du 20 *Novembre* 1815. *D'ailleurs l'Angleterre, qui a été une des parties Contractantes ne consentira sûrement pas à se déclarer liée à la lettre du traité; dès lors une brêche sera déjà faite à la validité de cet acte, et les autres puissances pourront de plein droit se considérer comme déliées de leurs engagements par rapport à Louis Napoléon. — Par contre, si les trois Souverains, fidèles à l'esprit du traité du* 20 *Novbr.* 1815 *maintiennent leur alliance dans le but d'opposer une formidable ligue aux envahissements de la France, l'Angleterre ne s'en exclura pas.*

Nous doutons d'ailleurs que les Cabinets de Vienne, de St. Pétersbourg et de Berlin, seraient encore à temps, quand Louis Napoléon prendrait le titre d'Empereur, de fair valoir contre lui les engagements de 1815. — *Le Président Louis Napoléon, surtout depuis les événements du* 2 *Decembre possède déjà le pouvoir suprême en France, dont l'excluait le traité si souvent cité.*

Si les Puissances signataires de ce traité avaient eu l'intention de le mettre en exécution à la lettre, elles auraient dû protester plus tôt contre l'usurpation de Louis Napoléon et ne pas le reconnaître comme Président. Le changement de ce titre en celui d'Empereur ne sera au fond que ce que le mot indique.

Or nos Souverains pourrairent-ils le justifier aux yeux de leurs peuples et devant l'humanité, si pour une question de titre ils mettaient en danger la paix générale? Que nous sachions, un titre pris par le Chef d'un Etat étranger n'a jamais été à lui seul pour l'Autriche, la Prusse ou la Russie un motiv suffisant de courir les chances d'une guerre avec le nouveau titulaire.

L'Autriche et la Russie ont, à la vérité, rompu avec Napoléon peu de temps après, qu'il eût pris le titre d'Empereur. Mais ce n'était pas là le motif de la guerre; c'étaient les empiètements sur leurs droits et leurs territoires, que Napoléon s'était permis, et les projets ambitieux que sa politique trahissait pour l'avenir, qui ont forcé ces puissances à recourir à l'emploi des armes. Ces motifs de guerre nous font défaut pour le moment, Louis Napoléon proteste de son amour de la paix et renie tout projet d'agression. Nous croyons à la sincerité de ses assurances, parcequ'elles s'accordent avec son intérêt. — Une guerre malheureuse amènerait sa chute et une guerre heureuse évoquerait au milieu d'une nation essentiellement guerrière et faisante le plus grand cas des réputations militaires, des rivaux fort dangereux pour un Chef d'Etat qui, pour sa personne, serait resté étranger aux succès remportés sur le champ de bataille.

Si nos Souverains croyaient devoir envisager la question non comme une question de titre, mais comme une de principes, ils devraient se préparer à une guerre interminable. Le motif en serait une négation, le refus de reconnaître Louis Napoléon comme Empereur. Or, l'Europe et en particulier la France seraient en droit de nous demander, quel serait donc le gouvernement que

nous reconnaîtrions comme légal et légitime à la place de celui de L. Napoléon, et avec lequel nous traiterions de la paix. Serait-ce le gouvernement républicain? Certainement pas.

Pour les Cours alliées une guerre de principe faite à la France ne pourrait avoir pour but, que le rétablissement des Bourbons.

Peut-on y penser dans la situation générale des choses et dans celle de la France en particulier? Le parti légitimiste y est divisé et intimidé. Les Bourbons n'ont pas de chances de succès, ils subissent en silence le joug des évènements et les souverains alliés, en se déclarant pour eux seraient plus légitimistes, que le parti légitimiste en France.

Il suffirait d'ailleurs à la nation de connaître, de soupçonner même l'intention des gouvernements étrangers pour repousser une dynastie, qui, comme les Français le disaient à l'égard de Louis XVIII, leur serait imposée par la force des bayonettes étrangères.

Les souverains alliés se seront acquittés des égards, qu'ils doivent sans doute aux droits des Bourbons, en constatant bien positivement, que leurs reconnaissance de l'Empereur Louis Napoléon ne doit avoir d'autre signification, ni d'autre portée que celle de la reconnaissance d'un fait accompli.

Loin de contester nous admettons, comme d'autres l'ont fait avant nous, la possibilité que l'avènement de L. Napoléon au trône pourrait même tourner à l'avantage des Bourbons et de leur rétablissement à venir, qu'il faut considérer cet avènement non pas comme la fin de la révolution française, mais bien comme une phase intermédiaire entre la révolution et l'ordre stable, entre l'époque des faits et celle du droit. C'est le système parlementaire implanté en France par les Bourbons qui les a perdus. Louis Napoléon a fait justice de ce système et s'il parvient à en finir avec la liberté de la presse et avec la publicité des débats des corps

représentatifs, il rendra la France bien plus gouvernable qu'elle ne l'était par le passé. — Si son trône s'écroulait dans la suite et que les Bourbons parvinssent à s'y assoire, leur règne pourrait recommencer sous de meilleurs auspices, que lors de sa restauration.

Mais—peut-on demander — la question, que nous avons entrepris d'examiner sous différentes faces, n'est-elle réellement, qu'une de titre? n'est-elle pas plutôt pour les souverains alliés une question de principes? — Nous ne le pensons pas. On n'exigera pas de nous que nous reconnaissions Louis Napoléon comme un Souverain de droit légitime, encore moins nous demandera-t-on de déclarer légaux et justifiés les moyens qu'il a employés pour parvenir au trône. — Le temps d'élever une question de principe nous semble être passé.

La base sur laquelle Louis Napoléon a établi son autorité de Président était la souveraineté du peuple qui l'a élu Président. Or les Puissances qui ont lié des rapports avec un président élu par le peuple, seraient-elles dans le cas de ne pas reconnaître un Empereur également élu par le peuple? D'ailleurs les Cours de Vienne, de Berlin et de St. Pétersbourg en reconnaissant Louis Napoléon comme Empereur, ne feraient que prendre acte du fait, que la France est gouvernée par un Chef, qui a pris le titre d'Empereur et avec lequel elles ne feront pas difficulté d'entretenir des rapports pacifiques. Si les prémisses de notre raisonnement sont justes, nous en tirerons la conclusion que la question qu'il s'agit de résoudre est une question de titre et non de principe.

Examinons la maintenant encore sous un autre point de vue, sous celui des rapports, qui s'établiront probablement entre l'Angleterre et la France, d'une part, et de l'autre, entre l'Angleterre et les cours alliées par suite du rétablissement de l'Empire en France. La similitude des institutions, qui régissaient la France et l'Angleterre était le ciment de leur alliance.

A mesure, que la France fera retour aux institutions monarchiques, son Gouvernement gagnera de force, paralysé, qu'il était jusqu'ici, selon le désir et l'intérêt de sa rivale naturelle par les formes parlementaires.

Voilà pour l'Angleterre autant de motifs de voir de mauvais oeil les changements survenus en France, voilà pour les Cours alliées autant de motifs d'isoler l Angleterre, en se rapprochant de Napoléon.

Si nous suivions une autre politique, le gouvernement Britannique se presserait de reconnaître le nouvel Empire et se l'attacherait par le lien de la gratitude et par l'impérieuse nécessité, dont il serait pour la France, de se ménager un allié dans la lutte, qui tôt ou tard pourrait s'engager entre elle et les Puissances du Continent. Cette éventualité serait essentiellement contraire aux intérêts de l'Autriche, de la Russie et de la Prusse, en retardant de nouveau le retour de l'ancien système politique de l'Europe, où la France, tranquille chez elle, régie par des institutions monarchiques, formait le plus puissant rempart contre les envahissements et contre la prépondérance de l'Angleterre.

Maintes considérations semblent donc conseiller à nos souverains de subordonner à des intérêts majeurs et à l'amour de la paix, le sentiment apparent de dignité, qui pourrait les faire hésiter à accorder l'égalité de rang à un individu tel que Louis Napoléon.

Mais nous n'entendons pas leur conseiller de faire le sacrifice avec précipitation et autrement qu'à bonnes enseignes.

Le nouvel Empire aura au préalable à leur donner l'assurance la plus positive, que le changement de son titre ne portera que sur la forme du gouvernement intérieur de la France et laissera intactes les relations extérieures de ce pays avec les cours étrangères telles que les traités les ont fixées, surtout par rapport à la délimitation des Etats. Louis Napoléon aura à donner aux

Souverains alliés l'assurance formelle, qu'avec le titre de son oncle, il ne reprendra pas la politique belliqueuse et envahissante de l'Empire. —

Les souverains alliés prendront acte de ces assurances, ils témoigneront leur disposition de maintenir la paix et de continuer à entretenir des rapports de bonne intelligence avec Louis Napoléon, Empereur des Français, en l'avertissant toutefois, qu'il les trouverait plus que jamais unis et décidés à repousser toute attaque et toute infraction au status quo établi par les traités.

Si Louis Napoléon prétendait instituer en France une nouvelle dynastie de Napoléonides, nos Souverains, ce nous semble, ne devraient prendre sous ce rapport aucun engagement. Les Cours alliés en agissant ainsi suivraient l'exemple de l'Angleterre qui s'est également bornée dans le temps à reconnaître la Reine Isabelle d'Espagne et qui n'a pas reconnu la succession féminine introduite dans ce pays. — Si tôt ou tard notre prévision se réalise et que Louis Napoléon prenne le titre d'Empereur, la conduite, que les agents diplomatiques des Cours alliées à Paris auront à tenir dans le premier moment, leur est indiquée par l'usage, qui a toujours été suivi en pareil cas.

Leurs pleins pouvoirs, qui les accréditaient auprès du Président de la République française étant éxpirés, ces agents auront à cesser leurs fonctions officielles. Ils se borneront à entretenir avec les ministres français des rapports officieux pour ne pas laisser en souffrance les affaires courantes.

Ils ne quitteront pas Paris; leur départ pourrait être interprêté comme le préambule d'une rupture et mettre en danger la sûreté de l'Autriche et de la Prusse, qui sont aux avant-postes et plus exposées à une invasion.

Nos agents en prévenant le gouvernement français de la circonstance, qui les met dans le cas de suspendre leurs relations

officielles, ajouteront qu'ils vont demander à leurs cours des instructions ultérieures.

Nos cabinets, qui se seront déjà entendus sur l'attitude, qu'il leur conviendra de prendre vis-à-vis du nouvel Empereur, ne trouveront pas de difficulté à instruire promptement leurs agents dans le sens de cette entente.

Vienne, le 29. Décembre 1851.

sig. Schwarzenberg.

IV.

Der Kaiser Nicolaus an den Prinzen Präsidenten Louis Napoleon.

Par la grâce de Dieu.

Nous Nicolas Premier, Empereur de toutes les Russies etc. etc. à Notre grand et bon ami, Monsieur le Président de la République française, le Prince Louis Napoléon.

Mr. le Président, grand et bon ami, Nous avons reçu la lettre, que Vous Nous avez adressée pour Nous notifier le Résultat de l'appel que Vous avez fait à la nation française à la Suite des Evènements du 2. Décembre, et Nous Nous empressons de Vous offrir Nos sincères félicitations sur l'adhésion presque unanime des suffrages, qui Vous décernent, avec la Présidence décennale, l'important Mandat de donner une nouvelle Constitution à Votre Pays.

Préservée par Votre énergie des dangers, dont la menaçaient les projets pervers des ennemis de l'ordre social, la France par le grand acte populaire, qui Vous appelle une seconde fois à présider à ses destinées, vient de manifester d'une manière solennelle

la confiance qu'Elle place dans vos Sentiments patriotiques, ainsi que dans les principes d'ordre et d'autorité, que vous avez su apporter dans l'exercice du Pouvoir.

Puisse la divine Providence, qui a si visiblement béni vos efforts, Vous aider à clore en France l'ère des Révolutions qui l'ont agitée si longtemps, à rendre à ce beau Pays le calme et le repos si nécessaires pour son bonheur et pour le développement de sa Prospérité.

En consacrant Votre dévouement à cette noble Mission, avec la Persévérance que réclament les grandes entreprises, avec cette abnégation personelle, dont les coeurs, tels que le Vôtre, ont le généreux instinct, Vous acquerrez des Titres impérissables à la gratitude et à l'admiration de Vos Contemporains.

Rien ne pouvait Nous être plus agréable que l'assurance que Vous Nous donnez de Votre Sollicitude pour les grands intérêts du maintien de la Paix générale et de Votre désir de voir se consolider de plus en plus les Relations de bonne intelligence, qui subsistent si heureusement entre la Russie et la France.

Veuillez être persuadé, que Nous apporterons de Notre Côté, un soin particulier à les resserrer, et que Vous Nous trouverez toujours empressé à unir nos efforts aux Vôtres pour défendre en commun la Cause sacrée de l'ordre social, du repos de l'Europe, de l'indépendance et de l'intégrité territoriale des Etats dont Elle se compose, et faire respecter les traités existants.

Sur ce, Monsier le Président, Nous prions Dieu qu'il Vous ait de même que la France, en sa sainte et digne garde.

Donné à St. Petersbourg le 22. Janvier 1852
de Notre Règne la 27. année.

Votre très affectionné

sig. Nicolas.

V.

Der Graf Fénélon an den Schweizer Bundespräsidenten.

Légation de France
en Suisse.

Berne, le 24. Janvier 1852.

Monsieur le Président!

J'ai l'honneur d'appeler, par ordre du Président de la République, la plus sérieuse attention de Votre Excellence sur une question dont les derniers entretiens que j'ai eus avec Elle ont déjà dû Lui faire apprécier la gravité. Je veux parler des individus qui ont choisi la Suisse pour asile, après s'être notoirement compromis dans les troubles politiques de ces dernières années. Si des agents de désordre pouvaient à proximité des frontières de France, réformer des conciliabules démagogiques et se livrer à de nouvelles menées, un pareil état de choses entretiendrait chez les uns de détestables espérances et, dans le sein des populations honnêtes, des inquiétudes que le Gouvernement de la République a le même devoir et la même volonté de faire cesser.

Je suis en conséquence, chargé, Monsieur le Président, de déclarer à Votre Excellence que l'hospitalité accordée dans les

divers Cantons de la Confédération aux réfugiés politiques, prendrait à l'avenir un tout autre caractère, si elle abritait encore des complots dirigés contre le repos intérieur et la sécurité d'une Puissance voisine, et s'il était permis à des étrangers de se constituer sur le territoire Helvétique, par leur participation à des actes ou à des écrits révolutionaires, en état de rébellion contre les lois et le Gouvernement de leur pays.

La France n'a pas à repousser l'imputation de vouloir se mêler des affaires de la Confédération, mais son Gouvernement ne saurait consentir davantage à ce que le respect qu'il professe à une nationalité étrangère fût détourné de son objet au point d'assurer une sorte d'impunité aux irréconciliables ennemis de la société qu'il a reçu la mission de régir et de défendre. Encore moins pourrait-il admettre, à l'égard de ses nationaux, un autre juge que lui-même des nécessités de sa politique et des moyens les plus propres à hâter le succès de l'oeuvre à la quelle il s'est voué. Appréciant ces considérations qu'il serait superflu de développer plus longuement, Votre Excellence, j'en ai l'espoir, accueillera la demande expresse que mes instructions m'enjoignent de Lui faire et que je La prie de soumettre sans retard au Conseil Fédéral. Elle consiste à obtenir l'engagement formel que toutes les expulsions, que je me trouverai dans le cas de provoquer, me seront accordées, à quelque catégorie de réfugiés français que cette mesure doive s'appliquer, et que les ordres du pouvoir Central seront exécutés dans un délai convenu à l'avance, sans pouvoir, comme il me serait facile d'en citer des exemples, être ni atténués ni éludés sous aucun prétexte par les autorités cantonales.

La Légation de France est seule en position de connaître quels sont, parmi ces individus, ceux dont les antécédens et les relations rendent la prolongation de leur séjour impossible dans toute l'étendue de la Confédération, et ceux qu'une tolérance, dont leur conduite ultérieure déterminerait les limites, peut y maintenir

provisoirement. Les premiers devront partir sur la désignation que je ferai de leurs personnes, les autres sauront que si le territoire Helvétique leur sert encore de refuge, ce n'est qu'à la condition de ne motiver de ma part aucune plainte.

Le Président de la République attend du Gouvernement Fédéral, en retour des rapports qu'il a à coeur d'entretenir avec Lui, et qu'un refus de faire droit à mes réclamations aurait pour effet d'altérer gravement, ce témoignage nécessaire de l'esprit de bon voisinage et d'amitié qui a été si long-temps une des traditions de la Suisse.

Une attitude différente ne tarderait pas à entraîner des complications fâcheuses et à imposer notamment au Gouvernement de la République le devoir d'aviser à des mesures que son plus vif désir serait de ne pas employer, mais auxquelles il aurait recours bien malgré lui, si la demande que j'ai l'honneur de faire auprès de Votre Excellence n'atteignait pas son but.

Agréez, je vous prie, Monsieur, les assurances de ma haute considération.

Le Ministre de France
(Signé) Salignac-Fénélon.

A Son Excellence Monsieur Furrer
Président de la Confédération Helvétique etc. etc.

VI.

Antwort des Schweizer Bundesraths an den Grafen Fénélon.

Berne le 9. Février 1852.

Dans une note datée du 24. *Janvier dernier S. E. Mr. le Comte de Salignac-Fénélon, Envoyé etc. appelle l'attention du Conseil fédéral sur la question des refugiés politiques et expose que* (hier folgt in extenso der Inhalt der französischen Note vom 24. Januar.)

Comme le Conseil fédéral partage sans restriction les vues exprimés au commencement de la note, savoir qu'aucun Etat ne peut tolérer que des étrangers s'abritent de l'asile qui leur est accordé pour se livrer à des conspirations ou à d'autres entreprises contre la tranquillité et l'ordre d'autres Etats, comme le but constant de ses efforts a été de faire dûment respecter ce principe sur le territoire suisse, il a dû être d'autant plus surpris des conséquences qu'on fait découler de ces vues et des exigences qu'on y rattache.

Avant tout, on doit se demander s'il existe des faits extra-

ordinaires, des manifestations qui puissent justifier des griefs contre la Suisse, si des conspirations ont réellement été ourdies sur son territoire contre la France, si cela a eu lieu au su et avec l'approbation des autorités suisses; et si néanmoins les coupables jouissent impunément et sans entraves de la protection de l'asile. Mais c'est en vain que le Conseil fédéral cherche des faits de cette nature. Le nombre des réfugiés français a toujours été peu considérable et les bruits répandus à cet égard fort exagérés, ainsi que le Conseil fédéral l'a montré précédemment, fondé en partie sur les rapports de ses commissaires, en partie et spécialement sur le dépouillement de différentes listes de réfugiés.

Bien qu'on n'eût saisi aucune trace de menées politiques et que la France se fût bornée à demander l'internement des réfugiés, seize d'entre-eux et un Italien ne furent pas moins renvoyés de la Suisse dans le courant de Mars 1851, *non pour avoir conspiré contre un Etat étranger, car rien ne le faisait voir, mais parcequ'ils bravaient ouvertement les arrêtés du Conseil fédéral sur leur internement. La plupart quittèrent effectivement la Suisse et quelques-uns seulement reussirent, en s'éloignant clandestinement, à mettre les Autorités dans l'impossibilité de fournir la preuve qu'ils étaient partis: aussi continuèrent-ils d'être signalés aux recherches de la police.*

Cet fut l'état des choses jusqu'en Décembre 1851. *Le* 5. *du dit mois, sept réfugiés francais se trouvèrent à Lausanne, y rédigèrent et y firent clandestinement imprimer un appel insurrectionnel invitant le Peuple français à prendre les armes. Quoique cet appel demeurât à l'état de projet, le conseil fédéral n'en résolut pas moins d'expulser ces réfugiés de la Suisse, dès qu'il eut connaissance de l'imprimé. Cette décision aussi a été exécuté en grande partie et aucun moyen n'a été négligé pour qu'elle le fût complètement. Quoique les faits qui viennent d'être rappelés soient bien connus de la Légation fran-*

çaise, le Conseil fédéral a cependant cru devoir les récapituler, afin de faire ressortir avec évidence que la Suisse n'est point le foyer de complots contre la France ou d'autres Etats, que toute tentative de menées politiques, qui parvient à la connaissance de l'autorité, provoque son intervention immédiate et spontanée, et que les décisions du Conseil fédéral reçoivent toujours l'éxécution qui est dans le domaine du possible. Mais à supposer même qu'il existât actuellement des motifs réels de plainte, ce qu'on serait sans contredit en droit de demander, c'est qu'il soit mis un terme à l'abus de l'asile, qu'il soit pris des mesures contre les individus qui fournîssent matière à des réclamations, et que l'exercice de l'hospitalité envers des étrangers soit mise en harmonie avec les obligations internationales que nous ne songeons point à contester. Voilà ce que veut le droit international reconnu, c'est cela et pas davantage que dans des cas donnés, on a toujours demandé tant de la Suisse que d'autres Etats, et c'est aussi ce que le Conseil fédéral n'a jamais refusé et ce qu'il accordera consciencieusement en tout temps.

Mais ce qu'on demande dans la note du 24. Janvier est tout nouveau. L'autorité du pays ne doit plus rien avoir à dire sur le séjour ultérieur ou l'expulsion d'étrangers qui ont été reçus dans le pays et y vivent sous la protection de ses lois et de ses institutions; à l'avenir il dépendra plutôt d'un simple signe d'une légation étrangère pour décider qu'elles mesures les autorités auront à prendre dans ce domaine de la police des étrangers.

Si le Conseil fédéral Suisse ne refusait pas d'obtempérer à la demande qui lui est faite, il violerait de la manière la plus grave la constitution fédérale, ainsi que ses devoirs sacrés envers le pays qui lui a confié le pouvoir directorial et exécutif supérieur; car il doit voire dans cette demande une attente profonde portée à l'indépendance, à la dignité et à la liberté de la Confédération,

puisqu'il devrait se désister du droit appartenant à tout Etat indépendant d'accorder ou de refuser de son chef et sous sa responsabilité le séjour à des étrangers; il doit voir, de plus dans cette demande une intervention décidée dans les affaires intérieures de la Suisse, car si le Gouvernement français ne reconnait d'autre juge que lui-même des nécessités de sa politique et des moyens les plus propres à atteindre son but, il ne saurait cependant sans méconnaître les notions les plus positives du droit des gens, vouloir imposer son jugement à d'autres Etats, ni leur contester le droit de décider eux-mêmes ce qu'ils ont à faire et à laisser sur leur territoire.

La France, qui a de tout temps accordé un asile aux proscrits politiques, ne se laisserait jamais contester ce droit et ne renoncerait jamais à son libre arbitre dans des questions de cette nature.

Mais si le Conseil féderal doit décliner la demande qui lui est adressée, il ne s'en suit nullement qu'il permettra aux réfugiés de faire servir le territoire Suisse à des entreprises hostiles à d'autres Etats, bien au contraire, il doit expressement repousser l'accusation dirigée contre la Suisse, de vouloir assurer une sorte d'impunité aux irréconciliables ennemis de la société. Le Conseil fédéral a tout-à-l'heure rappelé le fait que depuis quelques années il a expulsé plusieurs réfugiés français et d'autres dont la présence paraissait incompatible avec les rapports internationaux entre la Confédération et d'autres Etats; c'est aussi à ce point de vue qu'il jugera et décidera à l'avenir dans chaque cas spécial.

Le Conseil fédéral Suisse espère avoir ainsi donné toutes les assurances compatibles avec l'honneur et l'indépendance de la Confédération et qui satisfont pleinement à ce qu'exige le droit international. Aussi les menaces qui terminent la note ne sau-

raient-elles le fair sortir de la voie qui lui est tracée tant par le sentiment profond de son devoir que par le droit international et, il n'en doute pas, par la voix du peuple Suisse.

Le Conseil fédéral saisit encore cette occasion etc.

(Suivent les Signatures).

A. S. E. Mr. le Comte Salignac-Fénélon
Envoyé Extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la République Française près la Confédération Suisse.

VII.

Le Prince Schwarzenberg à M. le Comte de Buol-Schauenstein, Envoyé d'Autriche à Londres.

Vienne le 5 Mars 1852.

La nouvelle de la formation du nouveau Ministère du Comte de Derby a été accueillie par le Cabinet Impérial avec un sentiment de véritable Satisfaction.

Les espérances que les principes connus et les honorables Antécédens de Lord Derby nous autorisaient à rattacher à son entrée aux affaires, n'ont pas tardé à recevoir un nouvel aliment par le discour prononcé par Lord Derby dans la séance du 27. Février, discour tendant à exposer la marche politique qu'il compte suivre.

En autant que ce Programme se rapporte aux affaires étrangères, nous nous felicitons de pouvoir souscrire sans réserve aux Principes et aux Intentions que le Compte de Derby a développés avec autant de franchise que de lucidité.

Le Cabinet qu'il préside, a dit le Premier, est pénétré de la nécessité de maintenir la paix universelle.

Il pense, que pour atteindre ce but il n'y a pas de meilleur moyen, que de suivre envers toutes les Puissances étrangères une Conduite calme et moderée, que de maintenir scrupuleusement les traités, et de respecter au plus haut degré l'indépendance de toutes les Nations, et le droit qu'Elles ont de diriger, comme Elles l'entendent, leurs affaires intérieures.

Si le gouvernement anglais, a continué Lord Derby, avait lieu de se plaindre d'une autre Nation, il exposerait ses Griefs avec calme et modération et en comptant sur l'honneur et la justice de ceux aux quels la plainte aurait été adressée. C'est en agissant ainsi, que le Comte de Derby espère non seulement pouvoir maintenir les bienfaits de la Paix, mais conserver les relations les plus bienveillantes et les plus amicales avec les diverses nations du Monde.

Quant à Nous, nous nous associons sincèrement à cet espoir, et nous sommes prêts à concourir loyalement à ce qu'il ne soit pas frustré.

Les intentions que Lord Derby a annoncées quant à la questions des réfugiés politiques, nous semblent également de nature à écarter désormais les sujets de discussion que cette question avait fait naître entre le Gouvernement britannique et les Etats du Continent.

L'Autriche, en particulier, n'a jamais essayé de contester à l'Angleterre le droit d'accorder un asyle à des réfugiés étrangers. Elle n'a protesté que contre l'abus que faisaient ces réfugiés de l'hospitalité dont ils jouissaient en ourdissant des trames révolutionnaires au détriment de pays amis et alliés de l'Angleterre.

Lord Derby a flétri cet abus et il saura, nous n'en doutons pas, y obvier à l'avenir.

Je prie V. E. d'exprimer tant à Lord Malmesbury qu'au Comte de Derby lui même l'impression favorable que les explications du premier Ministre ont produite sur le Cabinet de l'Empereur.

Elles ont fait naître ici l'espoir que les rapports entre les deux Gouvernements pourront désormais reprendre ce caractère de franche et intime confiance que des évènements indépendants de notre volonté avaient plus ou moins altéré.

Recevez etc. etc.

(sig.) F. Schwarzenberg.

VIII.

Le Prince Schwarzenberg à Mr. le Comte de Buol-Schauenstein, Envoyé d'Autriche à Londres.

Vienne, 5. Mars 1852.

Dans la lutte à outrance que l'ordre social a eu à soutenir à la fin du dernier Siècle et au commencement de celui où nous vivons, l'Autriche et l'Angleterre se sont trouvées étroitement unies pour la défense des principes tutélaires de l'existence des Sociétés.

Ces deux puissances ont combattu ensemble avec une rare persévérance, l'esprit de révolte et de déstruction, qui avait alors remué l'Europe, jusque dans ses fondements, apparaissant tantôt sous la forme d'une sanglante anarchie, tantôt sous celle d'un Despotisme conquérant.

*C'est à cette époque de dangers et de triomphes communs que le Gouv*t *Autrichien contracta l'habitude de compter sur l'Angleterre comme sur une amie à toute épreuve.*

Rien n'était plus populaire en Autriche que l'alliance anglaise.

Et comment en aurait-il été autrement puisque cette alliance etait fondée sur des intérêts politiques réciproques dont il était

impossible de méconnaître l'homogénéité, comme sur de récens et glorieux souvenirs?

Lorsqu'il y a quatre ans, ce même esprit subversif et anti-social, qui avait succombé jadis aux efforts réunis de l'Autriche et de l'Angleterre et de leurs alliés, éclata de nouveau avec force, en envahissant aussi les domaines de l'Empereur, le Cabinet de Vienne, en tournant ses regards vers l'Angleterre, eut le regret de n'y rencontrer qu'un sentiment de froide indifférence. Il y a plus, non seulement une partie du public Anglais, mais des hommes politiques appelés à présider aux destinées du pays, manifestèrent hautement leurs sympathies pour les tendances des hommes, qui ne visaient qu'au démembrement de la Monarchie Autrichienne.

Il est notoire, que tous nos ennemis, soit intérieurs soit exterieurs, fondaient leurs espérances de succès sur l'appui moral de l'Angleterre. C'est de cette puissance surtout, qu'ils attendaient leur salut, c'est en Angleterre aussi, qu'après leur défaite, ils ont cherché un refuge, dans l'espoir de pouvoir continuer sous son égide — et ne fût ce que par la voie de conspirations ténébreuses — la guerre acharnée dont ils avaient fait peser tous les maux sur leur patrie.

Loin de nous la pensée de soulever des récriminations stériles sur des évènements, qui sont dejà rentrés dans le domaine de l'histoire. Qu'il nous suffise de rappeler ici tout simplement un fait constaté d'ailleurs par des voix aussi éloquentes que loyales au sein du Parlement Anglais lui même.

Le fait est que l'attitude prise par l'Angleterre au milieu de la crise violente que l'Autriche avait eu a traverser, formait un contraste trop tranchant avec les souvenirs d'alliance et de fraternité d'Armes, qu'avait laissés chez nous la lutte gigantesque contre l'esprit révolutionnaire, pendant laquelle l'Autriche et l'Angleterre avaient toujours combattu côte à côte aux premiers

rangs, pour ne pas porter une profonde atteinte à la confiance traditionelle dont jouissait chez nous la Grande Bretagne.

En faisant mention de ce fait, je n'ai d'autre intention, que de démontrer, que si les rapports entre les deux puissances ont subi une altération dans le cours des dernières années, il serait souverainement injuste, de nous en imputer la faute.

Ce n'est pas l'Autriche qui a déserté le drapeau auquel, réunie à l'Angleterre et à ses Alliés, Elle avait jadis attaché la victoire.

C'est nous, au contraire, qui avons vu l'Angleterre s'éloigner de l'ancien camp, et ce changement de Direction nous à inspiré des regrets égaux à la conviction intime dont nous étions animés, qu'il ne tournerait qu'au profit de l'esprit de désordre, qui ne cessait de miner sourdement le fondement de l'édifice social en Europe.

Est-ce-à dire, que nous ayons pour cela renoncé à l'espoir de nous rencontrer encore avec l'Angleterre sur le même terrain, le jour où un grave danger commun ferait appel à l'esprit et aux efforts de l'ancienne Alliance? Cet espoir ne nous a jamais abandonné et lesprit des instructions générales dont V. E. a été munie en se rendant à son Poste, en fait foi.

Il parait que les conjonctures du Moment marquent une de ces époques, où une saine appréciation de la situation grave de l'Europe et de leurs véritables intérêts réciproques, fait aux deux puissances la loi de s'entendre en se rapprochant l'une et l'autre.

Qu'elle est en effet la Situation de l'Europe?

La vaste conspiration antisociale qui s'y tramait et qui en triomphant, aurait couvert sa surface de sang et de ruines, a échoué, grâce à la fidélité et à la valeur des armées. Mais l'esprit subversif, est-il définitivement vaincu? Ce serait se livrer à une illusion que de l'affirmer!

Le nouveau pouvoir que la France vient de consacrer par ses Suffrages, à pris à tâche de réprimer avant tout les factions

audacieuses, et jusqu'ici la nation parait applaudir aux courageux efforts tentés dans ce but par le Président. Mais l'extrême mobilité du caractère français et l'esprit de fronde inné à cette nation, sont-ils de nature à offrir de garanties solides pour l'avenir?

Telle est — somme toute — à nos yeux, la gravité de la situation générale, que nous ne saurions entièrement exclure de nos calculs des éventualités propres à provoquer les dangers, qu'il faudrait l'accord parfait et l'union intime des grandes puissances pour conjurer.

Nous sommes prêts, pour notre part, à faire tout ce qui dépend de nous, pour amener cette union.

La confiance que nous inspirent les principes élevés et l'esprit éclairé du Cte. de Derby et des hommes d'état qu'il s'est associés, nous fait espérer, que nous rencontrerons auprès du nouveau cabinet des dispositions analogues.

Recevez etc. etc.

(sig.) Schwarzenberg.

IX.

Vienne, le 9. Mars 1852.

Mon cher Aberdeen!

Je voue cette lettre à deux objets, qui ont entre eux une liaison si intime, que n'en aborder qu'un seul, c'est perdre le temps à la charge de l'écrivain comme à celle du lecteur. Les objets dont il s'agit sont le changement de l'administration en Angleterre et les relations entre l'Angleterre et l'Autriche. Je vous exposerai à l'égard des deux sujets ce que j'en pense.

Il dépendra de vous de rectifier mes impressions, si vous devriez trouver qu'elles suivent une fausse voie. Amis nés d'une même cause et placés l'un et l'autre dans une position morale indépendante, nous pouvons sans encombre nous confier nos sentiments sur de bien importantes questions.

Vous ne mettez pas en doute que la sortie du dernier Cabinet n'a point pu évoquer en moi rien qui de loin même pourrait avoir la valeur d'une surprise. La vie du Cabinet Russell n'a depuis longtemps été qu'un mythe; sa présence aux affaires n'a de fait été que l'absence d'une administration apte à le remplacer. Le nouveau Cabinet dispose-t-il d'un fonds de vitalité plus réel? Je

suis disposé à le croire, sous la réserve toutefois qu'il se dégage de l'élément de faiblesse que lui impose le titre de protectioniste, ce mot inscrit sur son ancien drapeau. Vous savez ce que depuis longtemps j'ai pensé et ce que je pense également aujourd'hui de cette qualification. Vous êtes au fait des explications, qui à son égard ont eu lieu entre Mr. Disraeli et moi, simple dilettant en 1849. *Vous vous souviendrez, que j'ai attribué à l'idée de la protection restreinte aux droits sur l'importation de céréales, la cause principale de la faiblesse des défenseurs des intérêts agricoles, qui sans aucun doute ne sont pas resserrés dans la seule question de ces droits: vous vous souviendrez de même, que Mr. Disraeli sans me donner absolument tort a cru son devoir de fixer mon attention sur la gêne que l'esprit de parti impose en règle commune aux conducteurs.*

Ce que j'ai pensé et dit en 49 *je ne saurais lui donner un démenti aujourd'hui. La position toutefois ne tend-elle pas la main à des facilités qui alors n'existaient pas, tandis qu'elles peuvent être considérées admissibles aujourd'hui? Si j'attache à la manifestation de Lord Derby l'interprétation que je me plais à lui donner dans l'intérêt de la cause que je regarde comme celle du jour, je puis croire qu'en faisant un appel au verdict des "public feelings" le Chef du Cabinet entend ouvrir une voie, sur laquelle auraient à se rencontrer les hommes sages des deux partis conservateurs. Votre explication dans la séance du* 27 *Fevr. me semble pouvoir être interprétée comme la suite d'une même direction dans votre pensée. Suis-je ici livré à une illusion? Je désire ne point l'être. Ce à l'égard de quoi je crois pouvoir admettre que mes impressions ne sont point erronées, c'est à celui du fait que le parti simplement qualifié de protectionistes ne saurait se maintenir au pouvoir sans se renforcer par les notabilités du Peelisme. C'est le point de ralliement à trouver entre les*

conservateurs, qui est la chose qu'il importe de tenir en vue et qui est digne d'occuper un esprit tel que le vôtre.

Ceci dit, mon cher Comte, je passe à l'autre sujet; il rentre plus que la question de Cabinet envisagée dans ses seuls rapports avec l'intérieur, dans la voie de mes pensées habituelles.

Vous et moi, et je me permets de l'établir en thèse, avec nous tous les hommes politiques doués d'un sens droit, ont dans tous les temps regardé les bonnes relations entre la grande puissance qui n'est pas continentale et celle du continent qui n'est pas maritime, comme une conséquence naturelle de leurs positions relatives, qui les dégage de chances de froissements, que des corps politiques autrement placés ont souvent de la peine à éviter. Par quelles causes et dans quelles voies ces relations ont elles été troublées dans le cours des dernières années?

Ce n'est pas à vous que je pourrais me voir appelé à lapprendre — à vous qui dans toutes les phases de votre vie publique s'est rencontré avec moi dans la tâche de servir à l'aide des meilleurs rapports entre les deux Empires, et votre patrie et la cause de l'ordre public. Le dernier conducteur de la politique Anglaise en s'engageant dans la fausse voie d'une politique personnelle et qui par cela même s'est trouvée privée de bases appréciables a rendu impossible le maintien des relations entre les deux Cours aux quelles le principe d'union qui leur est naturel, ne suffit pas pour résister à des attaques de l'espèce de celles que Lord Palmerston a dirigé contre l'existence même de la puissance Autrichienne. Quelles relations peuvent se soutenir entre deux états, dont l'un excite, exalte et couvre de son égide les ennemis de l'autre et se place matériellement au nombre de ses adversaires? Si dans tous les temps le maintien de relations, portant l'empreinte de la seule bienveillance peut tourner en une impossibilité matérielle, de combien la position ne devient-elle pas plus grave quand l'état attaqué dans les bases de sa vie se trouve placé dans la

dure nécessité de faire à la fois face au désordre dans son intérieur et aux attaques dirigées contre lui par une puissance réputée amie? Aussi l'effet de la ligne de conduite suivie par le Cabinet Anglais dans le cours du dernier ministère de Lord Palmerston, s'est-il représenté dans le sentiment des diverses nationalités, qui composent l'Empire d'Autriche avec une force égale. En scindant ces nationalités (comme si elles n'en formaient qu'une) en deux partis en celui de conservateur et celui de destructeur, la marche qu'a suivie Lord Palmerston se trouve caractérisée et jugée par le fait même que les hommes d'ordre dans toutes les parties de cet Empire se sont soulevés avec indignation contre la prétendue politique de l'Angleterre et que cette conduite n'a rencontré de la sympathie que dans la classe abjecte et faible en nombre des esprits perdus dans la région du radicalisme social et politique.

Ne croyez-pas que j'exagère l'effet d'une cause moralement incompréhensible, un effet qui a dû porter ses fruits et qui réclamera bien des efforts pour rendre au gouvernement toute la liberté de son action politique, que la raison et ses penchants l'engageront sans aucun doute à suivre dans les voies qui seules doivent, dans leur intérêt réciproque, être suivies par les deux grands états.

Ne mettez pas en doute les dispositions du cabinet impérial à l'égard de cet intérêt, qui dans la position de l'Europe est plus qu'un intérêt spécialement propre aux deux Cours.

Ce n'est pas, cher Comte, en qualité d'un homme d'affaires que je viens de tracer ces lignes, c'est en celle d'un esprit non prévenu et d'un homme qui se trouve dans une position qui lui permet de former une opinion sur la vérité historique.

Pour ne pas vous tromper, placez-vous sur mon terrain moral et écartez de votre pensée tout ce qui fausserait la vérité dans les faits. Rien dans mes explications ne peut vous être

suspect, votre esprit et votre conscience se rencontreront toujours avec ma conscience et mes impressions.

Voici une bien longue lettre et si je ne consultais que le penchant qui m'entraîne à causer avec vous, il me serait facile de lui donner l'étendue d'un volume. Pour qu'il fût ainsi il suffirait que j'entrasse dans l'exposé de mes impressions sur la situation dans laquelle les errements que de bien faux esprits ont amené, soutenu et dressé dans les dernières 62 *années, ont fini par engager l'Europe et qui en toute réalité n'est autre que celle d'une impasse, une de ces situations qui ne parait pas aux hommes d'avancer et qui entoure de difficultés et de périls sans nombre leur recul. Rien de ce qui se passe dans le foyer même d'où le mal a pris son essor, ne m'étonne, tout me semble être le fruit des phases par lesquelles la France a passée durant ce long laps de temps et en particulier de celles dont les gouvernements qui se sont précédés dans ce malheureux pays depuis la paix politique générale ont été eux-mêmes les générateurs et les victimes. Considéré de près et sous l'égide d'un esprit calme et pratique tout ce qui en particulier depuis l'époque de la paix générale a composé l'histoire française n'a été qu'une suite logique appliquée aux situations, qui en naissant les unes des autres se sont precédés dans le pays que les faux esprits ont élevé au rang d'un pays modèle.*

C'est ainsi qu'en 1814 *et* 15 *ont engendré* 1830, *que* 1830 *a engendré* 1848 *et que le coup d'état de* 1851 *a répondu à l'oeuvre de* 1848. *Quels seront les produits de* 1851? *Je serait fort surpris si j'apprenais que vous êtes plus avancé que je me reconnais de l'être dans ce qui aurait la valeur d'un pronostique appuyé sur une base de calculs rationels.*

Dites-vous que l'Autriche n'est pas plus livrée aujourd'hui à des idées fantastiques qu'elle ne l'a été dans aucune phase dans le passé. Qu'on ne la gêne pas dans de bien difficiles reconstructions intérieures; c'est tout ce qu'elle demande à l'étranger

et ce qu'elle a le droit de lui demander, car dans quel lieu une action se fait-elle jour, que de loin même porterait l'empreinte de l'envoi de sa part de se mêler des affaires intérieures dans d'autres pays? (Sic!). *C'est ce que je vous eusse dit, si j'étais encore placé cur le fàîte des affaires publiques et ce que je vous dis dans ma position parfaitement indépendante actuelle.*

Mille sincères hommages et amitiés

Metternich.

X.

Lord Malmesbury to Count Buol.

Foreign Office March 1852.

Her Majestys Government have received with the liveliest pleasure the dispatch to You from Prince Schwarzenberg of the 5th inst., which You have been authorized to communicate to me on the part of the Cabinet of Vienna.

In proportion to the value, which H. M.'s Government place upon the maintenance of a cordial friendship with Austria, the oldest ally of England, cemented not only by the tie of mutual interest, but by the recollection of past efforts in a common cause, was the regret with which Her Majesty's present Government on succeeding to office, found, that the result of the events of the last four years, had been to substitute, for those friendly relations a tone of mutual suspicion, if not of actual alienation, and to give to their diplomatic correspondence a character, quite at variance with the dispositions, which ought to subsist between them.

The dispatch which you have recently placed in my hands, affords the greatest satisfaction to H. M.'s Gov[t]*, because, without*

reference to the past, it lays the foundation of a renewed good understanding between the two countries upon the spontaneous expression of the views of H. M.'s present Govt, as announced by the first Lord of the Treasury in the face of his own country and of Europe — in reference to the principles on which they intended to conduct the foreign affairs of the United kingdom.

H. M.'s Government rejoice to find in Your communication a full confirmation of the confident hope entertained by Ld. Derby — that the surest mode of arriving at a good understandig with the nations of the civilized world, was a frank and honest exposition of principles, to be frankly and honestly acted upon — and it is with the most unfeigned pleasure, though with no surprise, that H. M.'s Government receive the assurance that the Court of Vienna subscribes without reserve to the principles and intentions, developed by the first minister of the Crown.

Keeping steadily in view those principles and intentions — maintaining in violate the sacred right of hospitality towards those, whom misfortunes or political offences may have banished from their native land — discouraging and repressing, as far as the law and the constitution warrant, any attempt on the part of such exiles, to abuse the hospitality which they enjoy, by seeking to foment disturbance in their own country — restrained by the highest obligations of duty, from straining that law beyond its legitimate bounds, but visiting with exemplary punishment those, who may violate the law — H. M.s' Government feel assured, that they shall have no difficulty in reconciling their duty as ministers of a constitutional sovereign, with the obligations which they owe to the just claims of any friendly power, and the sentiments of sincere friendship with which they are actuated towards the court of Vienna.

May I request of You, Mr. le Cte., to express to Prince

Schwarzenberg personnally on my part, as well as on that of Lord Derby — how highly we value the friendly feelings, which his Highness has been pleased to express — and how anxious, we and all the members of Her M.'s Government feel, that no circumstances should occur to interrupt the good understanding, which I may hope, is now firmly established between the two Governments.

(signed) Malmesbury.

XI.

The same to the same!

Foreign Office March 1852.

Monsieur le Comte.

The dispatch from Prince Schwarzenberg No. 2 *of the* 5th. *inst., which you have been instructed to communicate to me, recalls the recollection of that long protracted and arduous struggle which occupied the close of the last and the earlier years of the present century, and which, after fearful amount of bloodshed and of suffering, happily vindicated and established on a sure foundation the liberties of Europe and the independence of the several countries, which had long been either oppressed, or threatened by the encroaching ambition of a great military power. — No one, acquainted with the history of that period, can fail to do justice to the sacrifices, the constancy and the perseverance of Austria in that memorable contest, and little as it can be supposed probable that such a case should occur a second time within the lifetime of one generation — that a power, based in the first instance upon the popular voice should not only within its own dominions*

invest itself with despotic authority, but should, in violation of the stipulations of treaties, seek to invade the rights of independent nations.

Her M.'s Government feel well assured, that Austria would not be the last of the powers of Europe to repel such an agression and to vindicate the independent rights of all nations, threatened by the invasion of that one.

But Her M.'s Government feel equally convinced, that they shall have the concurrence of the court of Vienna in the doctrine, which naturally flows from that of the independence of sovereign states, that within itself, each state is free to regulate its own internal administration, and that the right of interference only commences, when foreign agression, or the danger of it, calls for every measure of self-defence.

Nor will this principle be in any degree affected or be less binding, in consequence of the different forms of government, which different countries may have adopted. Individuals may have, and in a free country may express, their sympathies for this or that form of administration in another land — may insist upon the necessity of preserving order, or enlarge upon the general advantages of constitutionel freedom — but according to the principles on which Her Maj. servants consider themselves bound to regulate their conduct, they are, as a government, precluded from acting upon any such sympathies. Their object must be careful abstinence from interference in the purely internal concerns of any other state, abstinence from abetting the efforts of any party forcibly to change, whether in a monarchical or republican sense, the institutions of those countries, with which Her Majesty is on terms of friendship and alliance. If in any quarter of the world a different course should be pursued by any of Her Maj. diplomatic agents such a Course would be entirely repugnant to the views and instructions of Her M.'s Government.

While we value our institutions as suited to the character and endeared to the hearts of our own countrymen, we respect the right of all other nations to form their own, however widely differing from our's, according to their own views of their own interest; and desiring the internal peace and tranquillity of all nations, we feel it to be our solemn duty by no act of ours, either to repress the impulses of constitutional freedom, or to stimulate and encourage resistance to lawful authority.

I trust Mr. le Comte, that this frank explanation of the policy of H. M.'s Government cannot but be satisfactory to that of his Imperial Royal Apostolic Majesty, which engaged in the great work of reestablishing the mighty frame work of the Empire and developing its vast resources can, desire nothing so ardently, as to be enabled to devote to that task its whole energies and must feel that nothing could be more prejudicial to its interests than to be involved in questions relating to the internal administration of other countries.

(signed) Malmesbury.

XII.

Dépêche confidentielle du Comte Nesselrode à Mr. de Kisseleff à Paris.

St. Pétersbourg, Novembre 1852.

M. de Castelbajac m'a offert ces jours-ci officieusement des explications sur le rétablissement de l'Empire en France, sur les idées qu'y rattachent les cours étrangères, spécialement sur les conclusions qu'on a tirées du Chiffre III., déféré par le Sénat au futur Empereur.

Mr. de Castelbajac s'est beaucoup étendu sur les gages de stabilité et d'ordre, que présente à la France, par conséquent à l'Europe, la monarchie impériale héréditaire. Il a essayé de me prouver que nulle forme monarchique n'offrirait les mêmes avantages, que l'hérédité pour être solide, devait non seulement embrasser l'avenir, mais puiser dans le passé une force retrospective, et que la question dynastique était pour nous toute secondaire, l'essentiel étant pour l'Europe que le nouveau gouvernement en France fût basé sur le même principe, que les autres Gouvernements Européens. Enfin, quant à Napoléon III., que ce

chiffre n'enfermait en soi aucune revendication d'une sorte de légitimité Impériale, mais qu'il était purement conforme à l'histoire, Napoléon II. ayant par l'abdication de son père et sa proclamation par les chambres, régné quelques jours en France de fait et de droit; qu'en conséquence les puissances ne pouvaient y voir rien qui fût de nature à éveiller leurs susceptibilités, rien qui implique de leur part le désaveu des faits et actes intermédiaires de 1814 *à* 1852. —

J'ai prêté une grande attention à toutes ces explications; mais je dois vous avouer, qu'elles m'ont paru peu concluantes.

Je laisse de côté celles qui regardent l'excellence de la monarchie impériale, comparée aux deux autres Monarchies, que nous avons vu tour à tour s'écrouler en France.

J'observerai seulement que ce gouvernement n'est pas précisément basé sur le même principe, que nos gouvernemens monarchiques, qu'au contraire il part d'un point (souveraineté du peuple, suffrage universel) diamétralement opposé, pour ne pas dire hostile au nôtre; et que, si matériellement il peut nous promettre le repos, moralement ces garanties ne nous semblent pas aussi sûres.

L'avenir décidera ce que comporte de viabilité un régime monarchique appuyé à la fois sur l'hérédité et l'élection, deux principes qui, selon nous, s'excluent et se tuent l'un l'autre.

Pour l instant cela ne nous regarde pas.

Nous n'avons le droit ni la prétention d'indiquer à la nation française quelle nature et quelle forme de Gouvernement elle doit choisir dans son intérêt. C'est là, comme dit Mr. de Castelbajac, une question de préférence, une question purement française, où nous n'avons rien à voir.

Mais, il n'en est pas tout à fait de même de la question de dynastie et du chiffre, qui en constate la restauration en France.

Ceci touche à des faits, à des actes, à des obligations, à tout un ensemble de rapports internationaux auxquels l'Europe n'est pas restée, ne saurait rester, étrangère ou indifférente, l'Europe a le droit de s'en occuper, car l'histoire générale des 38 dernières années ne se compose pas de tel ou tel fait particulier, qui à tel ou tel jour a pu se passer en France.

L'Europe a sa part dans cette histoire et ne saurait s'en dessaisir.

Passons sur les argumens par lesquels on veut prouver, qu'il y a solution de continuité dans l'hérédité Napoléonienne et qu'il ne s'agit nullement d'une nouvelle restauration de la légitimité Impériale, si l'hérétier de Napoléon ne prend pas le chiffre V, s'il n'a pas la prétension de succéder immédiatement aux Empereurs Joseph et Louis, et ne fait pas dater son règne de la mort de ce dernier. Cela prouve assez peu selon nous. Cela prouve seulement que la logique même a ses bornes, et que la revendication d'un principe poussée à l'extrême, amenerait des conséquences dont la raison s'est effrayée.

Mais le chiffre III suffit parfaitement pour remuer la tradition dynastique, il ne heurte pas moins l'histoire et le passé Européen, que ne le ferait le chiffre V.

On nous dit qu'en fait et en droit l'Empereur Napoléon II. a regné; qu'il a été proclamé par les chambres, qu'il y a eu des actes rendus en son nom.

Cela peut être bon pour la France, pour l'Europe il en est autrement. Pour l'Europe à partir de 1814, *Napoléon I. lui même avait cessé de regner en France, il ne pouvait en* 1815 *abdiquer en faveur de son fils absent, qui dès lors aux yeux du reste du monde n'a regné ni en fait ni en droit.*

Voilà donc, au bout de 38 *ans, durant lesquels cette opinion*

a été consacrée par les faits et les engagemens, signés par la France elle même, la France et l'Europe placées tout d'un coup sur un terrain opposé. Voilà deux histoires et deux droits publics mis délibérement en présence.

Libre à la France de le vouloir, et à son gouvernement de nous le dire. Mais en même temps qu'il ne dise pas que cette nouvelle situation n'offre rien qui soit de nature à éveiller la susceptibilité de l'Europe, rien qui implique de notre part un désaveu publiquement donné à nos paroles et à nos actes.

Le message du Président au Sénat a été plus franc, c'est là une justice à lui rendre. Sans circonlocution, sans sophisme, sans artifice de langage il nous dit clairement et nettement qu'en rétablissant la dynastie Impériale, la France relève avec réflexion, ce que l'Europe avait renversé, et qu'elle entend prendre ainsi sa revanche de 1815.

Est ce là une affaire purement française?

Une supposition gratuite?

Il nous parait qu'il nous est permis de nous préoccuper quelque peu des conséquences d'une pareille revanche.

Nous ne saurions assez regretter que le gouvernement Français, en portant défi au passé, en soulevant des questions de droit et de principe là, où il eût fallu rester dans le domaine du fait, eût voulu sciemment et gratuitement compliquer sa position et la nôtre.

Il fait appel à nos sentimens bienveillans et il débute par une manifestation qui n'est certes pas empreinte d'un caractère de bienveillance.

Il se dit animé d'un désir de paix, et il est le premier à évoquer des souvenirs, à ressusciter des passions qui nous reportent à une époque de guerre. Il se montre jaloux et avec raison de tout ce qui pourrait blesser ses susceptibilités,

mais en même temps il ne prend nul souci de ménager également les nôtres.

Tout le monde était bien disposé pour lui.

On avait foi dans sa modération et dans sa prudence, on lui savaït gré d'avoir établi en France la force de l'autorité et par là contribué à consolider par tout ailleurs les triomphes déjà emportés par les gouvernemens et les armées sur l'anarchie révolutionnaire. Persuadé de son désir de maintenir la tranquillité au dedans comme au dehors et confiant dans la sincérité de ses professions de foi pacifiques, on était prêt à faire abstraction pour sa personne du sens littéral des engagemens que d'autres temps et d'autres nécessités on fait prendre autrefois à l'égard de sa famille.

Mais que dire en le voyant raviver lui même le souvenir de ces temps là, et nous contraindre à rentrer malgré nous dans l'examen de toutes les questions brûlantes qui s'y rattachent, ou, si nous gardons le silence, à souscrire ainsi complaisamment à la radiation de tous nos actes et antécédents politiques? Demander des égards pour soi et n'en point témoigner aux autres, commencer par mettre en question à son entrée dans la famille Européenne les conditions auxquelles elle existe, est-ce là un bon début? Et le gouvernement français peut-il s'étonner, qu'au moment de déterminer quelles seront leurs relations futures avec lui, les puissances s'arrètent et avisent? —

Aucune d'elles ne veut à coup sûr rien qui puisse même de loin jeter un doute sur le maintien de la paix. Mais dès l'origine le nouveau pouvoir qui va s'établir en France a malheureusement créé pour elle et pour lui une position fausse, et il faudra bien de la prudence, bien des ménagemens réciproques pour réussir progressivement à en atténuer les conséquences.

Si ce pouvoir demeure isolé, c'est lui même qui l'aura voulu. Si pour sortir de son isolement il est amené à se jeter

dans des combinaisons hasardeuses, c'est encore lui qui en aura assumé la responsabilité aux yeux du monde et de la France.

Avant de finir, encore un mot.

Si j'ai bien compris le sens des explications qui viennent de nous être données, la pensée du Gouvernement français paraîtrait être, que le futur Empereur ayant préservé le monde de l'anarchie, il n'est rien, que, dans l'intérêt du salut de tous, il ne doive espérer pour l'affermissement de son pouvoir du concours de l'Europe reconnaissante.

Comme ce thême a été souvent produit et exagéré dans tout ce qui se dit et se publie en France, et qu'il semble, à entendre certaines personnes, que sans le Prince-Président proclamé le sauveur du monde, l'Europe toute entière eût péri dans la crise de 1852, *il est bon d'établir ici une fois la mesure de nos véritables sentimens, et de ce que l'on est en droit d'en attendre. —*

Ce n'est certes pas nous qui déprécierons — au contraire nous avons toujours reconnu, comme nous reconnaissons encore hautement la grande part qu'a prise le Prince Louis Napoléon à la restauration générale de l'ordre. C'est une justice que l'Empereur s'est plu à lui rendre dès le premier moment.

Mais cette loyale et franche appréciation il ne faudrait pas que le Gouvernement Français en poussât trop loin la portée et qu'il voulût trop exiger pour prix du service qu'il a rendu à la cause des autres Etats en servant sa propre cause.

Quelque grande que soit l'influence exercée par la France sur ses voisins, pour le mal comme pour le bien, il ne nous est point prouvé, que si l'anarchie à laquelle a mis fin le 2. *Decembre, y eût triomphée en* 1852, *l'Europe entière eût été irrévocablement condamnée à s engloutir avec sa civilisation dans le même abîme!*

Qu'on veuille bien ne pas oublier, qu'à la Suite des bouleversemens engendrés partout en 1848, *l'Europe entière avait*

réussi à s'en sauver par ses propres forces: et que tandis, que seule la France continuait à se débattre dans les étreintes d'une constitution impossible, les autres Gouvernemens étaient venus à bout de la faction démocratique.

En Sicile, à Naples, à Florence l'insurrection avait été étouffée par la force armée. Elle l'avait été a Prague et à Vienne. Dans l'état Vénetien et en Lombardie elle avait fui devant les drapeaux victorieux de l'Autriche. En Allemagne le parlement était dispersé, les clubs révolutionnaires fermés, les assemblées démagogiques dissoutes. La fidèle armée Prussienne, après avoir rétabli l'ordre à Posen et à Berlin, avait aidé à l'établir dans le grand-duché de Bade, dans le Palatinat et en Saxe. En Hongrie enfin la révolte armée avait vu abattre sa dernière tête et partout, la France exceptée, Souverains et gouvernemens s'étaient rassis sur la base de l'autorité et sur le respect de la force militaire.

Sans nul doute, tant que la France demeurait en fermentation l'état intérieur des autres pays en restait toujours précaire, et offrait, si non la perspective d'une inévitable dissolution, tout au moins le motif d'une perpétuelle vigilance.

Mais la crise que le socialisme annonçait à la France pour 1852 *nous tenait suffisamment avertis, les armées avaient conservé des services, qu'elles venaient de rendre une conscience intime de leur force et un profond sentiment de fidélité à leur drapeaux. Supposé que, justifiant la peur panique qu'il inspirait, le Socialisme encouragé par son explosion en France eût voulu tenter ailleurs de réaliser ses menaces, les soldats d'Autriche et de Prusse, les nôtres même au besoin, auraient rassuré le salut de la Société avec la même ardeur et le même dévouement, qu'y a mis à Paris et dans les Départemens la brave armée Française.*

Cette épreuve nous a été épargnée — et encore une fois, nous apprécions l'influence, que l'acte du 2. Décembre a exercé favorablement sur le maintien de la tranquillité générale.

Ce que nous demandons à notre tour, cest, que le Gouvernement Français n'évalue pas outre mesure nos dangers et nos obligations envers lui, au point de nous faire des concessions peu conformes à notre dignité un devoir de reconnaissance.

C'est officieusement que Mr. le Marquis de Castelbajac s'est expliqué ici vis-a-vis de nous.

Officieusement aussi vous voudrez bien vous expliquer vis-à-vis du Gouvernement Français dans le sens de la présente.

Recevez etc.

sig. Nesselrode.

XIII.

Geheimes Protocoll vom 3. December 1852.

Secret et Confidentiel.

Mémorandum.

Le principal Secrétaire d'Etat de Sa Maj. Britannique a invité les ministres d'Autriche, de Prusse et de Russie à prendre en considération les circonstances actuellement survenues en France, afin de mettre cette situation nouvelle en accord avec le constant désir de toutes les puissances de maintenir en Europe la paix garantie par les transactions existantes.

Dans cette intention les représentants des Cours d'Autriche, de la Grande Bretagne, de Prusse et de Russie ont unanimément reconnu:

que le changement survenu dans la forme du Gouvernement en France concerne son régime intérieur;

que fidèles au principe de ne point s'ingérer dans les affaires domestiques de ce pays, les autres puissances ne se croient pas appelées à se prononcer sur ce changement;

qu'Elles continueront comme par le passé à maintenir avec le Gouvernement Français les mêmes relations de bonne intelligence, qu'elles ont entretenues avec lui sous les régimes précedents, qui se sont succédés depuis la conclusion de la paix générale en 1815;

que les vicissitudes qui depuis cette époque ont transformé si souvent la situation intérieure de la France y ont tellement modifié l'ordre des choses auquel se réfèrent les prévisions antérieures, qu'il serait impossible aujourd'hui d'en faire l'application aux faits qui viennent de s'accomplir;

qu'en conséquence les Cours d'Autriche, de la Grande Bretagne, de la Prusse et de la Russie respectant l'entière indépendance de la France sous la forme de gouvernement présentement établi par le voeu de la nation ont éventuellement résolu de reconnaître le Prince Président pour Empereur des Français;

qu'en adoptant cette détermination elles ont la ferme confiance qu'elle deviendra pour la France un nouveau gage de leurs intentions pacifiques;

qu'à leur tour elles comptent sur la loyauté avec laquelle l'Empereur des Français remplira les promesses spontanément contractées par Lui, quant à l'inviolabilité du repos général;

que les puissances en acceptant ces promesses tiennent pour entendu qu'elles servent de confirmation pleine et entière aux actes des Gouvernemens précédents quant à la circonscription territoriale des états respectifs, fondée sur des traités dont la France elle-même est l'une des parties contractantes;

enfin — que, dans un parfait accord entre elles, les Cours d'Autriche, de la Grande Bretagne, de Prusse et de Russie continueront à veiller à la conservation du Statu quo, consacré par les transactions qui servent de garantie à la sûreté de leurs peuples, comme à l'indépendance, à l'intégrité et au repos de tous les états.

Londres, le 3 Decembre 1852.

sig. Colloredo.
„ Malmesbury.
„ Bunsen.
„ Brunnow.

XIV—XVI.

Trois Dépêches du Gouvernement Prussien sur le rétablissement de l'Empire en France.

Monsieur de Manteuffel à Mr. Bunsen.

Monsieur!

Par ma circulaire du 6 *du mois j'ai eu l'honneur de vous informer qu'à la suite de la notification qui venait de nous être faite du changement gouvernemental en France, nous allions, avant d'y répondre définitivement, nous concerter avec les cours de Vienne et de St. Pétersbourg sur l'attitude à prendre vis-à-vis du nouvel Empereur. Ce concert n'a pas tardé à être établi. Les trois Cours, en effet, ne pouvaient se cacher qu'Elles se trouvaient en face d'un évènement qui, en dépassant le domaine du droit public en France, touchait à des engagemens qu'elles avaient contractés à une époque où il s'agissait d'assurer le repos du monde après de longues années de guerres et de commotions. Il leur fallait donc examiner, de commun accord, à quelles enseignes elles pouvaient accepter une dérogation littérale à ces engagemens, sans s'écarter de l'esprit qui les avait dictés.*

Les deux dépêches ci-jointes en copie, que j'ai adressées à l'envoyé du Roi à Paris, renferment le résultat de cet examen.

La première, en prenant, par la voie d'une interprétation extensive, acte des garanties morales que le langage officiel du nouveau Gouvernement peut offrir pour le maintien des traités et des circonscriptions territoriales, y rattache la reconnaissance du rétablissement de la dignité Impériale dans la personne du Prince Louis Napoléon.

La seconde, en assignant au Sénatus-Consulte et au plébiscite, qui consacrent le principe de l'hérédité et la dénomination de Napoléon III, une valeur exclusivement obligatoire pour la France, indique assez que cette reconnaissance de l'Empereur ne renferme ni celle du chiffre qu'il a adopté ni celle d'une dynastie héréditaire.

Les représentans d'Autriche et de Russie à Paris sont munis d'instructions entièrement analogues, mais non identiques à celles du Comte de Hatzfeld qui, au surplus, est chargé de se concerter avec ses deux Collègues afin d'imprimer à leurs démarches simultanées le caractère du parfait accord qui a présidé aux décisions de leurs hautes Cours.

Les nouvelles lettres de créance du Comte de Hatzfeld sont du reste rédigées dans les formes usitées entre les Souverains de l'Europe.

En vous adressant la présente dépêche avec ses annexes, je n'entends pas Vous engager, Monsieur, à en faire une communication officielle à la Cour près laquelle vous avez l'honneur d'être accrédité. Mais elle vous mettra en mesure non seulement de Vous prononcer personnellement avec connaissance de cause sur l'attitude de Votre Gouvernement dans une question si importante, mais encore d'en faire, sans toutefois la laisser en

d'autres mains, un usage confidentiel, afin d'éclairer les opinions sur la ligne de conduite que nous avons suivie.

Recevez, Monsieur, la nouvelle assurance de ma haute considération.

Berlin, le 29 Décembre 1852.

(signé) Manteuffel.

A Son Excellence Monsieur Bunsen, etc. etc., à Londres.

Mr. de Manteuffel au Comte de Hatzfeld.

Berlin, le 28 Décembre 1852.

Monsieur le Comte,

En nous notifiant l'élévation du Prince Louis Napoléon à la dignité Impériale, le Cabinet Français nous a transmis copie du Sénatus-Consulte et du plébiscite par lesquels cette transformation du Gouvernement s'est opérée en France. Ces deux actes se sont accomplis à l'intérieur; il ne nous appartient donc en aucune manière de nous prononcer sur leur contenu. Mais par la même raison les dispositions qu'ils renferment, restent absolument hors du domaine des rapports de la France avec les puissances étrangères. Il s'ensuit que la Prusse, en continuant avec le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur des Français les mêmes relations d'amitié qui ont subsisté jusqu'ici entre Elle et la France n'entend ni émettre aucune opinion quelconque sur les principes sanctionnés par le plébiscite, converti maintenant en loi de l'Etat, ni accepter les conséquences que l'on pourrait tirer à l'avenir de cet acte de législation intérieure.

Le Cabinet français appréciera sans doute les motifs qui nous ont guidés dans cette occasion. En nous abstenant de discuter les conséquences éventuelles de ces actes sous le point de vue de la

politique extérieure, nous croyons fournir une nouvelle preuve des sentimens conciliants qui nous animent et qui nous inspirent le désir d'éviter tout ce qui serait de nature à porter atteinte aux relations de bonne intelligence entre le deux gouvernemens, que nous attachons le plus grand prix à maintenir intactes dans l'intérêt de l'ordre social et de la paix générale.

Vous êtes chargé de fair lecture de la présente dépêche et d'en laisser copie à Mr. Drouyn de Lhuys.

(signé) Manteuffel.

A. Mr. le Comte de Hatzfeld, etc.

---

velles lettres de Créance à S. M. l'Empereur des Français, aussitôt que ce Ministre vous aura informé que celles que le Baron de Varennes sera chargé de présenter au Roi, Notre Auguste Maître, lui ont été transmises.

Recevez, etc.

(signé) Manteuffel.

A. Mr. le Comte de Hatzfeld à Paris.

XVII.

Auszug aus einem Bericht Bunsen's vom 1. Januar 1853.

Das Wesentliche meiner Unterredung mit Lord Aberdeen und Lord John Russel über die hinsichtlich Frankreichs zu treffende Verabredung ist folgendes:

„Hinsichtlich der europäischen Verträge müsse man auf's allerbestimmteste davor warnen, dass England irgend ein Versprechen geben könne mehr zu thun als das zu vertheidigen, was garantirt sei: also Belgien und das preussische Sachsen, eben wie, in Folge alter Verträge, Portugal. Man werde, im Falle ein Krieg entstehe, nie Krieg machen, ohne dass garantirte Länder, welche der Feind genommen, zurückgegeben würden."

„Alles übrige müsse der Politik überlassen werden: und die Politik Englands werde sicherlich keine napoleonische sein."

„Ich unterhielt mich darauf mit beiden über die Idee einer besonderen Verabredung hinsichtlich der westlichen Vertheidigungslinie vom Schwarzwalde bis Holland."

„Lord Aberdeen wiederholte, was Belgien betreffe, sei England verbunden in der Art und zu der Zeit wie es könne dasselbe zu vertheidigen und schliesslich zu erhalten: man müsse jedoch nicht vergessen, dass Belgien neutral sei, und also nur wenn

angegriffen, ein förmliches Bündniss eingehen könne, bis dahin aber nur versprechen sich bestens zu vertheidigen und die Mittel dazu angeben." —

„Nichts würde wünschenswerther sein, als wenn Preussen im Stande sein sollte, einen leitenden Einfluss auf die Staaten des Mittel- und Oberrheins auszuüben, ebenso wie eine Verständigung mit Holland zu Stande zu bringen: in wie fern es aber möglich sei, sich an die Spitze einer von den beiden Kaiserhöfen unabhängigen Politik zu stellen, könne man jetzt hier nicht beurtheilen." —

„Der Besuch des Kaisers von Oesterreich sei mit Recht erfreulich zu nennen, sofern Preussen dabei sich seine volle Freiheit, namentlich in der Zollsache bewahrt habe, wie es aus der von mir mitgetheilten Circulair-Depesche vom 21. *Dezember v. J. scheine entnommen werden zu können."*

„Das Resultat des Ganzen ist also eine sehr bestimmte Bestätigung dessen, was ich in meinem politischen Berichte vom 16. *v. M., und der beigefügten Denkschrift sowohl über die Unmöglichkeit gesagt habe mehr als das Angedeutete von England zu erhalten, als über die Möglichkeit einer selbstständigen Politik Preussens für die Vertheidigung Deutschlands, Hollands und Belgiens."*

„Ich bin mehr als je überzeugt, dass es jetzt möglich ist, eine solche selbstständige Politik ins Werk zu setzen: allein nicht minder, dass ein Vertrauen darauf hier erst Wurzel fassen wird, wenn dies geschehen ist." —

(gezeichnet) Bunsen.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

